

Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Chefredakteurin

Karin Achtelstetter
ka@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe

Dirk-Michael Grötzsch
dmg@lutheranworld.org

Englische Ausgabe

Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

Layout

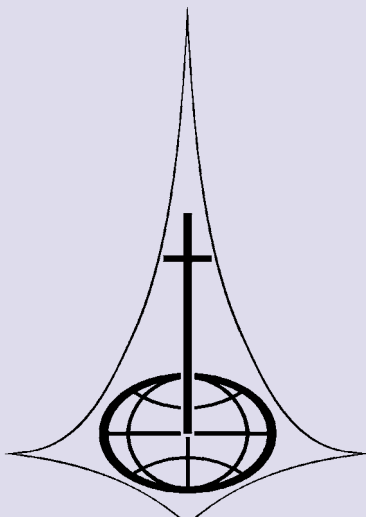
Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement

Janet Bond-Nash
jbn@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird
als Informationsdienst des Lutherischen
Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies
nicht besonders vermerkt ist, nicht die
Haltung oder Meinung des LWB oder
seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der
Lutherischen Welt-Information mit „LWI“
gekennzeichneten Beiträge können kostenlos
mit Quellenangabe abgedruckt werden.



LWB-Ratsmitglieder schockiert über Auswirkungen israelischer Trennmauer



Morgenandacht der LWB-Ratsmitglieder an der von Israel errichteten Trennmauer um Bethlehem. In einer Öffentlichen Erklärung betonte der Rat, er sei schockiert über die Auswirkungen der bis zu neun Meter hohen Trennmauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten auf das tägliche Leben der PalästinenserInnen. © LWB/D.-M. Grötzsch

Die Delegierten des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem eine Öffentliche Erklärung zu ihren Erfahrungen in Israel und den palästinensischen Gebieten verabschiedet. „Unser Besuch hat vielen von uns die Augen geöffnet für die täglichen Beschwerden des palästinensischen Volkes, über die die Medien oft nicht berichten“, so die Ratsmitglieder in ihrer Erklärung am Dienstag, 6. September. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) verkündete mutig eine „Botschaft der Hoffnung und der Versöhnung“.

(Siehe Seite 17)

Themen dieser Ausgabe

Elfte LWB-Vollversammlung findet 2010 in Stuttgart statt 13

Die Evangelische Landeskirche in
Württemberg (Deutschland) wird
Gastgeberin der Elften Vollversammlung des
Lutherischen Weltbundes (LWB) im Jahr
2010. Die Mitglieder des LWB-Rates wählten
am Montag, 5. September, auf ihrer Tagung
in Jerusalem/Bethlehem in geheimer Wahl
die württembergische Landeshauptstadt
Stuttgart als Tagungsort...

Prozess der Strategieplanung soll fortgesetzt werden 26

Die Ratsmitglieder des Lutherischen
Weltbundes (LWB) haben den LWB-
Generalsekretär dazu aufgefordert, den im
September vom Rat initiierten Prozess der
Strategieplanung weiterzuführen...

Palästinenserpräsident Abbas würdigt LWB-Engagement für gerechten Frieden..... 36

Der Präsident der palästinensischen
Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, hat den
LWB für seine andauernde Unterstützung
und seine Verbundenheit mit dem
palästinensischen Volk bei seiner Suche nach
Frieden im Heiligen Land gewürdigt...

Israel: LWB-Führung erörtert Zukunft des Auguste Victoria-Krankenhauses mit Präsident Katsav..... 37

Bei einem Treffen mit dem israelischen
Präsidenten Mosche Katsav haben
Verantwortungsträger des LWB am Montag,
5. September, in Jerusalem die Aussichten für
den Frieden im Nahen Osten diskutiert...

Aus dem Inhalt

Eröffnung und Gottesdienste

- 3..... Palästinensischer Bischof Younan: Wir brauchen Frieden und keine Mauern
- 4..... Ratstagung des Lutherischen Weltbundes in Jerusalem eröffnet

Ansprachen und Berichte

- 7..... Ruf nach Frieden und Gerechtigkeit als Auftakt der Versöhnung
- 8..... Die ökumenische Bewegung in einer Zeit des Übergangs
- 10..... Lutherischer Weltbund schliesst Haushaltsjahr 2004 ausgeglichen ab

Entscheidungen der Ratstagung

- 13..... LWB-Rat entzieht Bischof Walter E. Obare Omwanza Beauftragung als Berater
- 13..... Elfte LWB-Vollversammlung findet 2010 in Stuttgart statt
- 15..... Zahl der Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes steigt auf 140
- 16..... LWB-Rat ruft zur Intensivierung der HIV/AIDS-Kampagne auf
- 17..... Hurrikan Katrina: LWB-Rat bekundet tiefes Mitgefühl für Opfer und ihre Familien
- 17..... LWB-Ratsmitglieder schockiert über Auswirkungen israelischer Trennmauer
- 18..... LWB-Ratsmitglieder setzen sich für Befreiung der Dalits ein
- 19..... LWB-Rat fordert Engagement für den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft
- 20 LWB-Rat befürwortet weltweite Versammlung zur Frage der christlichen Auslegung der Schrift
- 21..... LWB-Rat bestätigt methodistische Stellungnahme zur GE
- 22..... Genfer LWB-Koordinierungshaushalt in Höhe von 13,1 Millionen CHF gebilligt
- 24 Jugenddelegierte schockiert über Lebensbedingungen von PalästinenserInnen
- 25 Missions- und Entwicklungsprojekte für 10,7 Millionen US-Dollar gebilligt
- 26 Prozess der Strategieplanung soll fortgesetzt werden
- 27..... LWB-Rat bekräftigt Beteiligung an Diskussion zur ökumenischen Neugestaltung
- 28 Zwischenbericht zur Diskussion über Familie, Ehe und menschliche Sexualität
- 29 LWB-Ratstagung setzte Zeichen der Solidarität mit ChristInnen im Heiligen Land

Grussworte

- 31..... Ökumenische Grussworte an den Rat des Lutherischen Weltbundes
- 32..... Grussworte von Leitungspersönlichkeiten aus Politik und Religion

Treffen mit VerantwortungsträgerInnen aus Politik und Religion

- 34 LWB-Delegation würdigt Rolle Jordaniens im Nahost-Friedensprozess
- 35Jordanien: ReligionsführerInnen und Regierungen kommt wichtige Rolle in Friedenserziehung zu
- 36 Palästinenserpräsident Abbas würdigt LWB-Engagement für gerechten Frieden
- 37..... Israel: LWB-Führung erörtert Zukunft des Auguste Victoria-Krankenhauses mit Präsident Katsav

Kurznachrichten

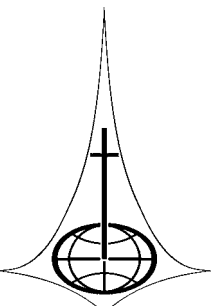
- 2..... Michel Ngoy Mulunda neues LWB-Ratsmitglied
- 33 Pfarrerin Dr. Eva-Sibylle Vogel-Mfato neue LWB-Europareferentin

Michel Ngoy Mulunda neues LWB-Ratsmitglied

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung vom 31. August bis 6. September in Jerusalem/Bethlehem **Michel Ngoy Mulunda** (25) aus der Demokratischen Republik Kongo als neues Jugendmitglied in den Rat aufgenommen. Ngoy Mulunda wurde von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Kongo als Nachfolger von Jhon Kundwe Mulanda nominiert und wird im Programmausschuss für Ökumenische Angelegenheiten mitarbeiten.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Kongo hat rund 136.000 Mitglieder und gehört seit 1986 zum LWB. (77 Wörter)

Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Kongo hat rund 136.000 Mitglieder und gehört seit 1986 zum LWB. (77 Wörter)



Palästinensischer Bischof Younan: Wir brauchen Frieden und keine Mauern

LWB-Rat zu Gast bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land

Jerusalem/Genf, 30. August 2005 (LWI) – „Wir brauchen Frieden und keine Mauern, denn Mauern trennen und Frieden schafft Brücken“, erklärte Bischof Dr. Munib A. Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) am Dienstag, 30. August, in Jerusalem. Im Vorfeld der Ratstagung des Lutherischen Weltbundes (LWB), die vom 31. August bis 6. September auf Einladung der ELKJHL in Jerusalem und Bethlehem stattfindet, betonte Bischof Younan vor JournalistInnen, es sei für die palästinensische lutherische Kirche und ihr Zeugnis von elementarer Bedeutung, dass die Ratstagung der Einladung der Kirche gefolgt sei. Die Ratstagung steht unter dem Thema „Die Kirche – berufen zum Dienst der Versöhnung“.

Bischof Younan rief dazu auf, nicht dazu beizutragen, die Präsenz palästinensischer ChristInnen in diesem Teil der Welt zu beenden. Inzwischen seien sogar islamische Stimmen zu hören, die betonten, ohne arabische ChristInnen könne der Islam in der arabischen Welt nicht existieren. Die Tagung des LWB-Rates in Jerusalem/Bethlehem stärke auch die ökumenische Bewegung sowie den christlich-islamischen und den christlich-jüdischen Dialog.

Die palästinensischen Gemeinwesen seien ein Beispiel für das friedliche Nebeneinander verschiedener Religionen. Palästinensische ChristInnen und MuslimInnen hätten schon immer in friedlicher Koexistenz miteinander gelebt. „Wir leben in einer Gemeinschaft, mit einer Kultur, der gleichen Sprache sowie dem gleichen politischen Schicksal“, so Younan, der im Juli 2003 zum LWB-Vizepräsidenten für die LWB-Region Asien gewählt wurde. Daher sei die Zukunft der palästinensischen ChristInnen auch untrennbar von der der MuslimInnen.

Es sei wichtig, sich mit einer Stimme für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung im Land einzusetzen, denn nur so könne die Zukunft der arabischen ChristInnen gesichert werden, betonte der palästinensische Bischof.

LWB-Präsident Hanson: Solidarität mit palästinensischen ChristInnen

Der Präsident des LWB, der Leitende Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), Mark S. Hanson, erklärte vor JournalistInnen in Jerusalem, gerade jetzt, wo die Welt gespannt auf den Mittleren Osten blicke, sei es von zentraler Bedeutung, sich in Solidarität zu den palästinensischen ChristInnen zu bekennen. Wenn



Pressekonferenz aus Anlass der Eröffnung der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem mit internationalen und regionalen MedienvertreterInnen. Von li.: LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko; Stellvertretende LWB-Generalsekretärin Karin Achtelstetter; LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson sowie Bischof Dr. Munib A. Younan, LWB-Vizepräsident für die Region Asien. © LWB/D.-M. Grötzsch

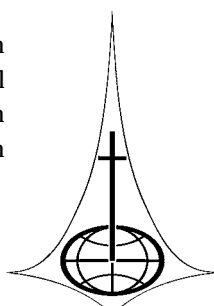
MuslimInnen, Juden/Jüdinnen und ChristInnen nicht in Frieden in Jerusalem zusammenleben könnten, wie wollten sie dann in der übrigen Welt in Frieden leben, fragte Hanson. Solange es Mauern gebe, die Jerusalem trennten, anstatt Brücken, die Frieden schafften, gebe es nur wenig Hoffnung auf Versöhnung in der Welt.

In Anlehnung an das Thema der Ratstagung betonte Hanson, die Gemeinschaft der lutherischen Kirchen im LWB müsse in Jerusalem/Bethlehem die Wahrheit über ihre Entfremdungen, über Verfolgungen und Täuschungen sprechen. Auf der Tagesordnung stünden auch Themen wie Armut, Hunger und Obdachlosigkeit sowie Spaltungen innerhalb der christlichen sowie der lutherischen Kirchen.

Die TeilnehmerInnen der Ratstagung würden auch über Besetzung und Gewalt sprechen, aber sie würden auch darauf hören, was ihnen die Menschen zu sagen hätten. Es sei richtig, dass Frieden und Gerechtigkeit für die PalästinenserInnen von der Sicherheit Israels abhängen. Doch ein sicheres Israel sei auch von einem palästinensischen Volk abhängig, das in Frieden und Gerechtigkeit lebe, so der LWB-Präsident.

LWB-Generalsekretär Noko: Jerusalem ist Ort der drei monotheistischen Religionen

Als einen Schwerpunkt der LWB-Ratstagung in Jerusalem bezeichnete auch LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko die Situation in Israel/Palästina. Der LWB setze sich seit langem für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Jerusalem



sei ein Ort der drei monotheistischen Religionen, eine Stadt beider Völker, Israelis und Palästinenser. Dass die Ratstagung in diesem Jahr in Jerusalem/Bethlehem stattfindet, stelle eine ausserordentliche Möglichkeit dar, so Noko, sich mit den Menschen der Region solidarisch zu erklären.

Während der Ratstagung seien auch Treffen mit VertreterInnen der israelischen sowie der palästinensischen Regierung geplant, erklärte Noko. Ein Gesprächsthema insbesondere mit der israelischen Regierung sei dabei das Vorhaben der israelischen Behörden, das vom LWB verwaltete Auguste Victoria-Krankenhaus (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem mit einer so genannten Arbeitgebersteuer zu belasten. Gegenwärtig ist ein Berufungsverfahren gegen die Aufhebung der bestehenden Steuerbefreiung des AVK vor dem obersten Gericht Israels, dem Supreme Court, anhängig. Die durch eine Arbeitgebersteuer entstehenden Kosten für das Krankenhaus belaufen sich auf schätzungsweise 400.000 US-Dollar pro Jahr, wodurch die Existenz des Krankenhauses massiv bedroht wäre.

Neben der Situation im Nahen Osten und den Themen globaler Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung in der Welt stünde insbesondere der Bericht über die Zukunft des LWB im Kontext der ökumenischen Neugestaltung auf der Tagesordnung der Ratstagung. Weiterhin wird die Ratstagung über den Tagungsort der Elften LWB-Vollversammlung im Jahr 2010 entscheiden sowie den Bericht zum Prozess der Strategieplanung, den Bericht zum vorgeschlagenen ökumenischen Entwicklungsbündnis „Proposed Ecumenical Alliance for Development“ (PEAD) sowie den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zum Thema Familie, Ehe und Sexualität diskutieren.

ELKJHL hat Gemeinden in Jerusalem, palästinensischen Gebieten und Jordanien

Die Gastgeberin der diesjährigen LWB-Ratstagung, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL), ist seit 1974 Mitglied im LWB und hat rund 3.000 Mitglieder in sechs Gemeinden. Diese befinden sich in Jerusalem, in palästinensischen Gebieten (Bethlehem, Beit Sahour, Beit Jala und Ramallah) sowie in Amman (Jordanien). Die ELKJHL entstand ursprünglich aus Missionsschulen und Waisenhäusern, die von verschiedenen europäischen Missionswerken bereits im 19. Jahrhundert initiiert wurden. 1959 wurde die ELKJHL, damals noch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien (ELKJ), offiziell gegründet.

Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit sind Jugendarbeit, Diakonie, Sozialarbeit, Frauenarbeit, Bewusstseinsbildung in den Bereichen Umwelt, Alkohol und Drogen, und ausser-schulische Aktivitäten wie Musik, Kunst und Theater. Die ELKJHL bemüht sich aktiv um den interreligiösen Dialog mit VertreterInnen des Judentums und des Islam.

An der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem nehmen rund 85 VertreterInnen der LWB-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen teil. Darüber hinaus sind rund 85 weitere TeilnehmerInnen registriert, darunter DolmetscherInnen, Gäste, MitarbeiterInnen des LWB, PressevertreterInnen und Stewards. Der 49-köpfige LWB-Rat führt zwischen den in der Regel alle sechs Jahre stattfindenden Vollversammlungen die Geschäfte des Weltbundes. Der aktuelle Rat wurde während der Zehnten LWB-Vollversammlung im Juli 2003 im kanadischen Winnipeg gewählt. (943 Wörter)

Ratstagung des Lutherischen Weltbundes in Jerusalem eröffnet

Palästinensischer Bischof Younan fordert Versöhnung zwischen Israelis und PalästinenserInnen

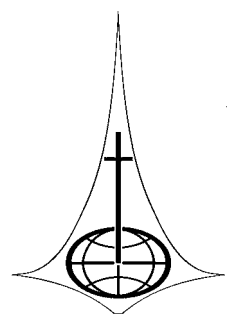
Jerusalem/Genf, 30. August 2005 (LWI)
– Zur Versöhnung durch mehr Gerechtigkeit, Wahrheit und gegenseitige Vergebung hat Bischof Dr. Munib A. Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) Israelis und PalästinenserInnen aufgerufen. Der palästinensische Bischof betonte in seiner Predigt im Eröffnungsgottesdienst der LWB-Ratstagung am Dienstag, 30. August, in der Erlöserkirche in Jerusalem, dass echte Versöhnung nur in einer Kultur der Wahrhaftigkeit wachsen könne und ihren Grund in Gerechtigkeit habe. „Wenn wirkliche Versöhnung zustande kommen soll, müssen wir bereit sein zu vergeben“, so Younan.



ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan betonte im Eröffnungsgottesdienst der Ratstagung in der Erlöserkirche in Jerusalem, dass die Kirchen mehr tun müssten, als vom Frieden nur zu reden. © LWB/D.-M. Gröttsch

Mit Bezug auf das Thema der Ratstagung „Die Kirche – berufen zum Dienst der Versöhnung“, erklärte Bischof Younan, dieses Thema sei von der ELKJHL ausgewählt worden, „weil wir fest davon überzeugt sind, dass Gott uns, die örtliche Repräsentantin der weltweiten lutherischen Gemeinschaft, beruft, diesen unverzichtbaren Dienst gerade zu diesem Zeitpunkt an diesem Ort konkret werden zu lassen“.

Es sei nicht schwer, von der Versöhnung der Schöpfung mit Gott durch Christus zu sprechen und sich in die Theologie der Versöhnung zu vertiefen, so Younan. „Viel schwieriger ist es indessen, Feindschaft und Hass zwischen



Menschen zu versöhnen. Am schwersten fällt es jedoch, jemandem in die Augen zu blicken und Versöhnung mit ihm zu suchen. Aber gerade dazu sind wir berufen.“

Das göttliche Geschenk der Versöhnung Gottes öffne den Weg nicht nur der Versöhnung unter Kirchen, sondern auch zwischen Männern und Frauen, unter Menschen unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen, Kulturen und Traditionen sowie unter den Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften.

Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Israelis und PalästinenserInnen kritisierte Younan in seiner Predigt, dass sich „die globalisierte Welt rasant zu einer Welt ohne Werte entwickelt“. Es gebe drei wesentliche Elemente, die der Welt fehlten: Friede, Gerechtigkeit und Vergebung. Gott definierten immer weniger Menschen als Mitte ihres Lebens. Bei manchen wirke es, als „wollten sie damit nur so etwas wie göttliches Recht für ihre engstirnigen eigenen Ideologien“ beanspruchen. Im Namen des Friedens und der Sicherheit bete man Waffen, Mauern und den Krieg an.



Eröffnungsgottesdienst der Ratstagung in Jerusalem: ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan (li.) und LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (re.). © LWB/D.-M. Grötzsch

Gegen Intoleranz und Extremismus

Laut Younan verurteilen die palästinensischen christlichen Kirchen Intoleranz und Extremismus. Sie seien der festen Überzeugung, dass sie berufen sind, eine neue Generation von Gläubigen heranwachsen zu lassen, die sich darum bemühen, Gott in anderen Religionen und Kulturen zu entdecken, und die nach gemeinsamen Wertvorstellungen wie Achtung vor allem menschlichem Leben, gegenseitigem Verständnis, Liebe, Gerechtigkeit, Vergebung und Heilung streben.

Im Friedensprozess zwischen Israelis und PalästinenserInnen komme der Wahrheit eine herausragende Rolle zu, erklärte Bischof Younan. Beide Völker müssten lernen, die Wahrheit der anderen gelten zu lassen und zu achten, dass auch anderen Leid zugefügt worden sei. „Wir müssen das Unrecht bekennen, das dem palästinensischen Volk angetan worden ist, und wir müssen bekennen, dass dem israelischen Volk Angst eingeflösst worden ist.“ Gegenseitig die Geschichte



Mit einem feierlichen Gottesdienst wurde die LWB-Ratstagung am 30. August in der Erlöserkirche in Jerusalem eröffnet. © LWB/John Brooks

des anderen anzuerkennen, sei eine wesentliche Voraussetzung für Heilung und Versöhnung.

Younan stellte fest, Frieden sei möglich, wenn die Menschen begriffen, dass die Sicherheit Israels von der Freiheit und Gerechtigkeit der PalästinenserInnen abhänge und umgekehrt. Diese wechselseitige Beziehung schaffe „die Voraussetzungen dafür, dass beide Völker in einem unabhängigen, lebensfähigen Staat im Einklang mit den völkerrechtlichen Normen für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und eine gerechte Verteilung der Ressourcen leben können“, so Younan.

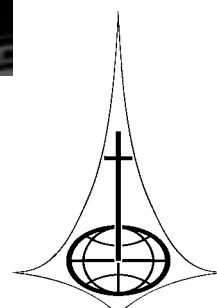
Er rief die Gemeinschaft des Lutherischen Weltbundes dazu auf, die Erlöserkirche in Jerusalem als Stätte zu bestimmen, an der einmal im Jahr ChristInnen, MuslimInnen und Juden/Jüdinnen, PalästinenserInnen und Israelis zusammenkommen und „unablässig beten können, bis ein gerechter Friede und Versöhnung verwirklicht worden sind“.

Als wahrhafte Botschafterinnen der Versöhnung müssten die Kirchen mehr tun, als nur vom Frieden zu reden, forderte der ELKJHL-Bischof. Die Menschen könnten in der Hoffnung leben, dass der Dienst der Versöhnung alle Mauern niederreißen werde, die sie voneinander trennen, und dass er Brücken schlagen werde, die sie in einer Menschheitsfamilie vereinen.

(625 Wörter)



Zahlreiche ökumenische Gäste von Kirchen in Jerusalem sowie im Heiligen Land nahmen am Eröffnungsgottesdienst der Ratstagung in der Erlöserkirche in Jerusalem teil. © LWB/D.-M. Grötzsch





Morgenandacht an der von Israel errichteten Trennmauer um Bethlehem: Die TeilnehmerInnen der LWB-Ratstagung beten für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung zwischen Israelis und PalästinenserInnen. In einer Öffentlichen Erklärung brachten die Ratsmitglieder ihre Betroffenheit über die Auswirkungen der Mauer auf das tägliche Leben der PalästinenserInnen zum Ausdruck. Gemeindeglieder könnten den Gottesdienst nicht besuchen und Bäuerinnen und Bauern seien von ihren Feldern abgeschnitten. Auch sei PatientInnen, ÄrztInnen und medizinischem Personal der Zugang zu Krankenhäusern und medizinischen Zentren verwehrt, so der LWB-Rat. Die Ratsmitglieder hätten erlebt, dass die Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt oder unterbunden sei und dabei beispielsweise Eheleute und ihre Familien getrennt würden, weil sie nicht dieselbe Aufenthaltslaubnis hätten. © LWB/D.-M. Gröttsch

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land stellt sich vor

Mit zahlreichen kulturellen Darbietungen präsentierte sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) am Freitag, 2. September, den TeilnehmerInnen der LWB-Ratstagung im Internationalen Zentrum Bethlehem. Die SchülerInnen der vier von der ELKJHL getragenen evangelisch-lutherischen Schulen in Beit Jala, Beit Sahour, Bethlehem und Ramallah überzeugten mit zahlreichen Tänzen und musikalischen Beiträgen.

Als palästinensische Kirche versteht die ELKJHL seit ihrer Gründung 1959 die christliche Bildung als zentrales Element ihres Dienstes an den Menschen in der Region.



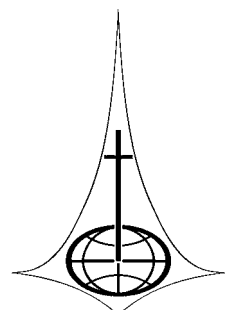
SchülerInnen der Evangelisch-Lutherischen Schule der Hoffnung in Ramallah. © LWB/D.-M. Gröttsch



SchülerInnen der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit-Sahour. © LWB/D.-M. Gröttsch

Heute unterhält die ELKJHL vier evangelisch-lutherische Schulen vom Kindergarten bis zur zwölften Klasse, an denen sowohl Schüler (55 Prozent) als auch Schülerinnen (45 Prozent), sowohl ChristInnen (60 Prozent) als MuslimInnen (40 Prozent) unterrichtet werden.

An der evangelisch-lutherischen Schule Dar al-Kalima in Bethlehem werden rund 260 SchülerInnen unterrichtet, rund 450 SchülerInnen an der Schule in Beit Sahour, rund 800 SchülerInnen an der Schule Talitha Kumi in Beit Jala und an der Evangelisch-Lutherischen Schule der Hoffnung in Ramallah nördlich von Jerusalem lernen rund 440 SchülerInnen.



Ruf nach Frieden und Gerechtigkeit als Auftakt der Versöhnung

LWB-Präsident Hanson: Die Kirche muss den Leidenden Gehör verschaffen

Jerusalem/Bethlehem/Genf, 31. August 2005 (LWI) – „Wir sind nach Bethlehem gekommen, um zuzuhören, zu bezeugen, herauszufordern und für einen dauerhaften und gerechten Frieden zu beten“, erklärte der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Leitende Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), Mark S. Hanson, in seiner Ansprache am Mittwoch, 31. August 2005, vor dem Rat des LWB im Internationalen Zentrum Bethlehem. Er rief dazu auf, das Zeugnis der ChristInnen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) zu hören und die Klagen des Volkes zu teilen.



LWB-Präsident Mark S. Hanson, Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA). © LWB/John Brooks

„Mögen die Rufe nach Frieden und Gerechtigkeit zum Bekennen und zur Busse führen und so zum Auftakt der Versöhnung werden“, so Hanson in seiner Ansprache.

LWB-Präsident Hanson forderte die Ratsmitglieder auf, sich „von Gottes Ruf zu einem Dienst der Versöhnung“ erneuern zu lassen. Der Versöhnungsdienst nehme seinen Anfang und werde erneuert, wenn die Gemeinde sich in Christus im Namen der ganzen Schöpfung um die Gnadenmittel versammle. „Darum haben wir den Mut zu behaupten, dass der Dienst der Versöhnung mit Freude und Feier verbunden ist. Mögen wir als LWB-Rat jene Freude erfahren, wenn wir uns erneut zu einem Dienst der Versöhnung für Jerusalem ... verpflichten“, betonte Hanson.

Neubeschreibung der Wirklichkeit des Leidens im Nahen Osten

In Anlehnung an die US-amerikanische Theologin Dr. Cynthia Moe-Lobeda rief Hanson zu einer neuen „christlichen Wahrnehmung“ auf, die es ermögliche, die Welt neu zu sehen und zu beschreiben. Dies sei insbesondere dort nötig, wo beherrschende Kräfte historische Realitäten durch Beschreibung verzerrten. Hanson betonte, dies sei eine der kontinuierlichen Verpflichtungen und Aufgaben des LWB. Nach dieser Ratstagung sollten alle TeilnehmerInnen angefangen haben, die Wirklichkeit des Leidens im Nahen Osten neu zu beschreiben. Das ermögliche einen klareren Blick, über die Komplexität

der Probleme und die „dringende Notwendigkeit eines unabhängigen, lebensfähigen palästinensischen Staates“ zu sprechen, der in Frieden neben einem sicheren israelischen Staat leben werde.

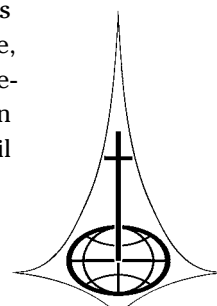
Der LWB-Präsident betonte, dass der LWB sich weiterhin um Möglichkeiten bemühen müsse, den Ausgestossenen, Beargwöhnten, den Misshandelten und Machtlosen, den Leidenden Gehör zu verschaffen, sowohl innerhalb als auch ausserhalb der lutherischen Gemeinschaft.

Engagement für eucharistische Gastbereitschaft

Im Blick auf die weltweite Ökumene warf Hanson in seiner Ansprache die Fragen auf, wie der LWB auf die Verpflichtung von Papst Benedikt XVI. auf die christliche Einheit reagieren werde und wie auf der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GE) aufgebaut werden könne, damit sie ein lebendiger Brief bleibe. Als wichtigen Aspekt in diesem Zusammenhang benannte Hanson auch die Frage, inwieweit die LWB-Mitgliedskirchen ihr Engagement für eucharistische Gastbereitschaft und eucharistisches Teilen mit der römisch-katholischen Kirche zum Ausdruck bringen könnten, ohne die noch verbleibenden theologischen Probleme zu minimalisieren. Er erinnerte zudem an das Jahr 2017 und den 500. Jahrestag der lutherischen Reformation. Dies sei eine Gelegenheit, gemeinsam mit den KatholikInnen über Beiträge und Engagement im Blick auf die Einheit der Kirche Christi und Bemühungen um Gerechtigkeit und Frieden auf der ganzen Erde nachzudenken.

Weltweites ökumenisches Konzil über die christliche Auslegung der Schrift

Der LWB-Präsident nahm in seiner Ansprache Bezug auf den Vorschlag des Präsidenten des Wartburg-Seminars in Dubuque (Iowa/USA), Dr. Duane Larson, dass die Oberhäupter der römisch-katholischen Kirche, der anglikanischen und der lutherischen Kirchengemeinschaften sowie der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel ein weltweites ökumenisches Konzil



über die christliche Auslegung der Schrift einberufen sollten. Larson hatte in einem Leitartikel der Zeitschrift „Dialog“ die Auffassung vertreten, das Christentum befinde sich inmitten einer globalen Identitätskrise. Als Grund für die Krise benannte Larson, dass auf ökumenischer Ebene nicht über Fragen der Auslegung und Autorität der Schrift diskutiert werde. Hanson regte an, den Vorschlag eines weltweiten ökumenischen Konzils im Rahmen der Ratstagung zu erörtern.

Bei seinen Reisen im Namen des LWB, so Hanson, höre er von den Frustrationen und Konflikten, die entstünden, wenn EvangelistInnen ein Wohlstandsevangelium verkündigten, „das denjenigen, die diesen Anführern folgen, finanziellen Gewinn und Erfolg verspricht“. In den USA, wo eine vom Konsum angetriebene Kultur eine privatisierte Spiritualität schätze und eine „Wohlfühl-Religion“ fordere, stünden die PfarrerInnen und Gemeinden unter dem grossen Druck, ihren Marktanteil an Gemeindemitgliedern zu bekommen, „indem sie ein anderes Evangelium anbieten als die radikale frohe Botschaft von Gottes Versöhnung und Vergebung durch seine durch den Glauben an Jesus Christus geschenkte Gnade“.

Im Interesse der Versöhnung die Wahrheit bezeugen

Im Blick auf seine diesjährigen Reisen nach Mittelamerika und Westafrika berichtete Hanson, dass er erlebt habe, wie sich dort LWB-Mitgliedskirchen im Interesse der Versöhnung für die Wahrheit engagierten. LutheranerInnen in Mittelamerika hätten klar und deutlich aufgezeigt, wer in El Salvador von den Friedensabkommen und von den Freihandelsabkommen profitiere oder nicht. LutheranerInnen in Liberia und Sierra Leone hät-



Plenarsitzung des LWB-Rates im Internationalen Zentrum Bethlehem.
© LWB/John Brooks

ten die schmerzliche Wahrheit über den entsetzlichen Preis des andauernden Bürgerkrieges bezeugt. Themen wie Gewalt und Ausbeutung seien so zum Kontext breit angelegter interreligiöser Initiativen, die sich um Menschenrechte, Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden bemühten, geworden, betonte der LWB-Präsident.

Versöhnungsdienst, so Hanson, beginne mit Wort und Sakrament und führe zu einer kritischen Analyse der Machtverhältnisse innerhalb der Gemeinschaft. Zu fragen sei hierbei, ob sich die Kirchengemeinschaft des LWB aufgerufen fühle, weiterhin Gespräche über ihre Verpflichtung im Blick auf die Ordination von Frauen und Frauen in Leitungspositionen zu führen, so Hanson. Im LWB manifestiere sich ein Versöhnungsdienst in Beziehungen, die von Weggemeinschaft und nicht von Beherrschung geprägt seien. Weggemeinschaft bedeute, „dass wir uns für Gottes Mission für das Leben der Welt engagieren und Seite an Seite miteinander gehen und arbeiten. In einer Beziehung der Weggemeinschaft bestärken und ermahnen wir einander“.

(896 Wörter)

Die ökumenische Bewegung in einer Zeit des Übergangs

LWB-Generalsekretär Noko schlägt Erneuerungsprozess des LWB bis 2010 vor

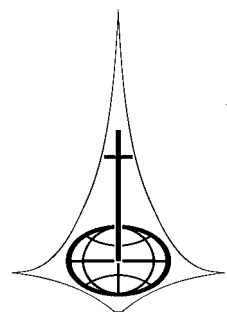
Jerusalem/Bethlehem/Genf, 31. August 2005 (LWI) – Für eine Umgestaltung der aktuellen ökumenischen Landschaft hat sich der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, ausgesprochen. In seinem Bericht an den Rat des LWB betonte Noko am Mittwoch, 31. August, im Internationalen Zentrum Bethlehem, dass die ökumenische Bewegung vor neuen Herausforderungen wie auch neuen Chancen stehe. Ethische Fragen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Veränderungen, Biotechnologie und menschlicher Sexualität seien im Leben



LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko
erstattet dem Rat Bericht.
© LWB/John Brooks

der Kirchen in den Vordergrund gerückt. Diese Herausforderungen drohten nun, innerhalb der universalen Kirche zu neuen Trennungsmustern zu führen, böten den Kirchen jedoch auch neue Wachstumschancen, so der LWB-Generalsekretär.

Gegenwärtig erlebe die ökumenische Bewegung sowohl infolge der wachsenden zahlenmässigen Stärke der Kirchen des Südens als auch der sinkenden zahlenmässigen und finanziellen Stärke vieler Kirchen des Nordens einen Paradigmenwechsel. Laut Noko sind in den Bereichen



Not- und Flüchtlingshilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Kampf gegen die HIV/AIDS-Pandemie und anwaltschaftliche Arbeit zahlreiche ökumenische Organisationen auf nationaler und regionaler Ebene gegründet worden. Es sei offensichtlich, dass sich die Arbeit dieser Organisationen zunehmend überschneide, wobei dies jedoch vermeidbar sei. Zudem werde es immer schwieriger, Mittel für die Finanzierung all dieser Aktivitäten zu beschaffen.

Zu beobachten sei, so Noko, dass die Kirchen immer abhängiger würden von kirchennahen Werken und Partnerorganisationen, die ihrerseits in grossem Masse von staatlichen Geldern abhingen, die die Regierungen des Nordens zur Verfügung stellten. „Es ist klar, dass wir nicht in dieser Weise weitermachen können“, betonte der LWB-Generalsekretär.



Pressekonferenz im Internationalen Zentrum Bethlehem: Für die LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem waren zehn internationale und zahlreiche regionale JournalistInnen akkreditiert. © LWB/John Brooks

Neugestaltung der ökumenischen Bewegung

Als eine „lobenswerte Initiative“ bezeichnete LWB-Generalsekretär Noko den vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) in Gang gesetzten Diskussionsprozess, der unter dem Stichwort „Neugestaltung“ die Kohärenz der ökumenischen Bewegung prüfen wolle. Diese Initiative sei spannend und herausfordernd zugleich. Weiterhin stelle sie eine grosse Herausforderung dar, weil sie weitreichende Konsequenzen einleiten könnte.

Bei der Schaffung einer ökumenischen Landschaft, die die heutigen Realitäten angemessener berücksichtige, gehe es nicht nur um Strukturen, sondern auch um Theologie, so Noko. Daher müsse gemeinsam mit anderen eine theologisch gezielte Reflexion in Gang gesetzt werden.

Da der ÖRK „nach wie vor der umfassendste Ausdruck und wichtigste Referenzrahmen der ökumenischen Bewegung“ sei, komme ihm in diesem Prozess eine bedeutsame Führungsrolle zu. Er müsse Katalysator für die richtigen Veränderungen sein, betonte Noko.

Der LWB-Generalsekretär unterbreitete den Vorschlag, in den Verfahrensregelungen für Vollversammlung und Zentralausschuss des ÖRK formell Raum dafür bereitzustellen, dass die Weltweiten christlichen

Gemeinschaften (CWCs) eigene Tagungen abhalten könnten, die für sie repräsentativ wären und Zwecke verfolgen würden, die ihrem Selbstverständnis und ihren besonderen Bedürfnissen entsprächen. Für einige CWCs wäre es so möglich, innerhalb dieser Strukturen formelle Beschlüsse zu fassen.

Weiterhin sprach sich Noko für eine stärkere institutionelle Verbindung zwischen den neu gestalteten Leitungsstrukturen der CWCs und der neu gestalteten ÖRK-Leitungsstruktur aus. Konkret hiesse das zum Beispiel, dass Mitglieder der LWB-Leitungsgremien formell in die Leitungsstrukturen des ÖRK, wie den Zentralausschuss, aufgenommen würden. Wenn dieses Modell angenommen würde, könnten künftige Tagungen von CWC-Leitungsgremien im Rahmen des ÖRK-Zentralausschusses abgehalten und so Zeit und Geld effizienter genutzt werden.

Neugestaltung des LWB bis 2010

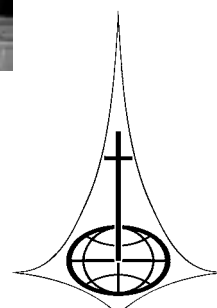
Der LWB, der 1947 parallel zum ÖRK gegründet worden sei, ohne dass ein Widerspruch zwischen ökumenischer und konfessioneller Loyalität empfunden worden wäre, habe sich stets als Instrument zur Erfüllung dieser Aufgaben verstanden und nie versucht, mit dem ÖRK oder einer anderen ökumenischen Organisation zu konkurrieren, betonte Noko.

Da sich der LWB sowohl als Instrument lutherischer Einheit als auch als Instrument der weiteren ökumenischen Bewegung verstehe, sei die Teilnahme an der Diskussion über die ökumenische Neugestaltung eine Verpflichtung. „Der LWB muss selbst erneuert werden, um bei der Erfüllung seiner ökumenischen Aufgabe bessere Dienste leisten zu können“, so Noko.

Im Blick auf die Zukunft und die konstruktive Rolle des LWB innerhalb eines neu gestalteten ökumenischen Raums regte Noko die Neugestaltung des LWB bis zum Jahr 2010 an. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre es wichtig, dass der gegenwärtige Rat einen umfassenden Konsultationsprozess unter den Mitgliedskirchen, nationalen Komitees, Missionsorganisationen, Partnerorgani-



Plenarsitzung: Pfr. A. G. Augustine Jeyakumar, Geschäftsführer des LWB-Nationalkomitees in Indien (Mitte), und Superintendent Paul Weiland aus Österreich (li.). © LWB/John Brooks



sationen und anderen in Gang setze und versuche, eine Vision von einem erneuerten LWB zu entwerfen.

Die gegenwärtige Struktur des LWB, die bei der Achten LWB-Vollversammlung 1990 in Curitiba (Brasilien) beschlossen wurde, habe den Mitgliedskirchen und der ökumenischen Bewegung gute Dienste geleistet. Die Veränderungen, die seit 1990 eingetreten seien, erforderten jedoch „einen neuen LWB“. Noko schlug vor, dass der Rat dem Exekutivkomitee die Vollmacht erteilen solle, auf seiner nächsten Tagung einen Erneuerungsausschuss zu ernennen, dem vier Ratsmitglieder, vier VertreterInnen der Mitgliedskirchen sowie zwei 2 VertreterInnen von Missions- und Partnerorganisationen angehören könnten.

Da sich der LWB aus Mitgliedskirchen zusammensetze, habe dies auch direkte Konsequenzen für seine Erneuerung. Als zentrales Thema, an dem sich der Erneuerungsprozess ausrichten sollte, benannte Noko das Selbstverständnis des LWB als Kirchengemeinschaft.

Themen des Erneuerungsprozesses seien unter anderem die LWB-Verfassung und Ausführungsbestimmungen, die Überprüfung der Leitungsgremien einschliesslich der Grösse und Zusammensetzung des Rates, die Arbeitsweise des Exekutivkomitees sowie der Programm- und Ständigen Ausschüsse. Zu klären seien Sitz und Grösse des LWB-Sekretariats und die formelle Integration von regionalen KirchenleiterInnen-Konsultationen. Als weitere Themen benannte Noko die zeitliche Abfolge und Grösse der Vollversammlungen sowie deren Beziehung zu den Vollversammlungen anderer Weltweiter christlicher Gemeinschaften.

2007 feiert LWB sein 60-jähriges Bestehen

Der LWB-Generalsekretär bat die Ratsmitglieder um Unterstützung seines Vorschlags, die Ratstagung

im Jahr 2007 mit den Feierlichkeiten aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des LWB zu verbinden. Als Tagungsort wäre Lund (Schweden), wo der LWB 1947 gegründet wurde, ein geeigneter Ort. Eine solche Versammlung könnte unter anderem eine bedeutsame Plattform für die Diskussion wichtiger Ideen im Blick auf die Zukunft der lutherischen Gemeinschaft darstellen, betonte Noko.

LWB reduzierte Personalbestand seit Ende 2001 um 30 Prozent

Mit ständiger Sorge erfülle ihn, so Noko, der kontinuierliche Rückgang der Zahl der MitarbeiterInnen des Genfer LWB-Sekretariats sowie in den Aussenstellen des LWB. Zum 1. Juli 2005 seien im LWB-Sekretariat noch 70 Personen mit unbefristeten Verträgen und sieben PraktikantInnen angestellt gewesen. Dies stelle im Vergleich zum Personalstand Ende 2001 einen Rückgang um 30 Prozent dar.

„Diese Zahlen geben Anlass zu grosser Sorge“, erklärte Noko. Der Ratsbeschluss, den gebilligten Haushalt nicht zu überschreiten, habe zu diesem Personalabbau geführt, der ganz eindeutig negative Auswirkungen auf die Arbeit des Weltbundes habe.

Noko rief den Rat auf, sich dafür einzusetzen, ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Zahl der MitarbeiterInnen, der zu leistenden Arbeit und den verfügbaren Mitteln herzustellen. Da sich der Personalbestand im Sekretariat derzeit einem kritischen Punkt näherte, bat er die Ratsmitglieder, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, die Mitgliedskirchen zu einer Überprüfung und Erhöhung ihrer finanziellen Beiträge zu veranlassen, damit der Weltbund so in die Lage versetzt werde, mit den gegenwärtigen Zwängen fertig zu werden. (1.085 Wörter)

Lutherischer Weltbund schliesst Haushaltsjahr 2004 ausgeglichen ab

LWB-Schatzmeister Stoll: LWB profitiert von hohen Wechselkursgewinnen

Jerusalem/Bethlehem/Genf, 31. August 2005 (LWI) – Mit einem ausgeglichenen Genfer Koordinierungshaushalt konnte der Lutherische Weltbund (LWB) das Jahr 2004 abschliessen. Bis auf zwei Ausnahmen seien auch die Teilbudgets der LWB-Abteilungen und die Programm- und Projektbudgets ausgeglichen gewesen, betonte LWB-Schatzmeister Peter Stoll in seinem Bericht an den LWB-Rat am Mittwoch, 31. August.

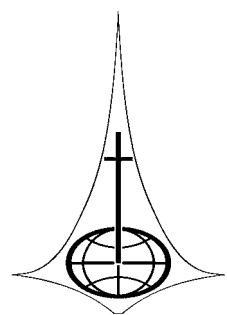
Noch vor einem Jahr sei die finanzielle Situation des LWB angespannt gewesen. „Deshalb haben wir uns auf einen



LWB-Schatzmeister Peter Stoll aus Deutschland. © LWB/John Brooks

Weg zu mehr Nachhaltigkeit in unseren Finanzen gemacht“, so Stoll. Als Hauptursache für die positive Entwicklung im vergangenen Jahr benannte der LWB-Schatzmeister hohe Wechselkursgewinne, die durch den höheren Kurswert des Euro gegenüber dem US-Dollar (USD) erzielt werden konnten.

Im Blick auf die Projektion der Budgets für die Jahre 2005 und 2006 erklärte Stoll, dass bisher noch keine Defizite zu erwarten seien. Allerdings weise das Genfer Koordinierungsbudget bei Wegfall der Wechselkursgewinne nach 2006 ein



„strukturelles Defizit“ auf. Dabei müssten die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen fortgeführt werden.

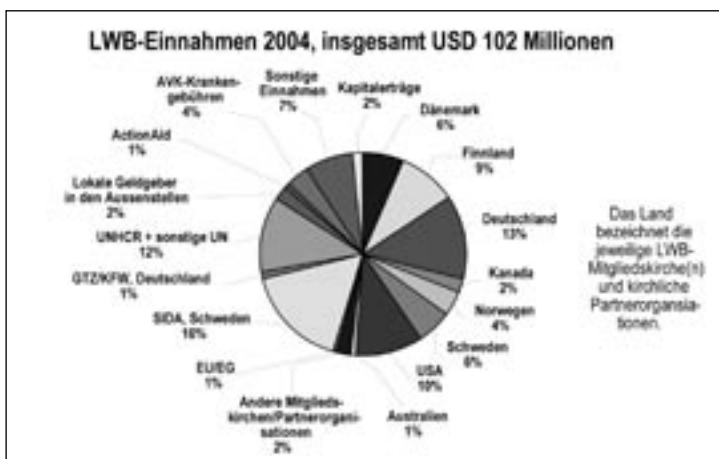
LWB-Gesamteinnahmen 2004 von rund 102 Millionen USD

Stoll berichtete, dass sich die LWB-Gesamteinnahmen im Jahr 2004 auf rund 102 Millionen USD beliefen im Vergleich zu 97 Millionen USD im Vorjahr. Dabei entfielen rund 14,59 Millionen USD auf den Genfer Koordinierungshaushalt, der vor allem die Personalaufwendungen und Betriebsausgaben des Genfer LWB-Sekretariats umfasst, sowie 87,4 Millionen USD auf die LWB-Projekt- und Programmarbeit.

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2004 auf rund 105 Millionen USD, verglichen mit 100 Millionen im Jahr 2003. Davon seien 14,16 Millionen USD auf den Genfer Koordinierungshaushalt entfallen. Für Projekte und Programme des LWB seien 90,28 Millionen USD aufgewandt worden, so Stoll in seinem Bericht. Die Gesamtausgaben des Generalsekretariats beliefen sich im Jahr 2004 auf rund 3,9 Millionen USD, der Abteilung für Theologie und Studien (ATS) auf rund 1,1 Millionen USD, der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) auf rund 13,2 Millionen USD und der Abteilung für Weltendienst (AWD) auf rund 86,9 Millionen USD.

Der Genfer Koordinierungshaushalt konnte im vergangenen Jahr einen Überschuss von insgesamt 427.610 USD verzeichnen. Gleichzeitig musste der LWB jedoch Projektabschreibungen in Höhe von 589.833 USD vornehmen, was zu einem Defizit von 162.223 USD führte. Hierbei handelt es sich um Finanzmittel, die für Programme und Projekte des Genfer Generalsekretariats sowie von AME und AWD aufgewandt werden mussten und nicht durch das so genannte B-Budget (Bedarfsliste für Programme und Projekte) gedeckt werden konnten.

Laut Stoll beliefen sich die „unbeschränkten allgemeinen Reserven und anderes frei verfügbares



Nettovermögen“ des LWB Ende 2004 auf insgesamt 10,7 Millionen USD.

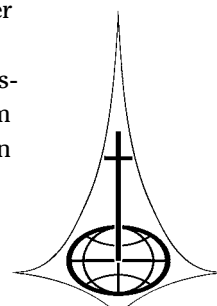
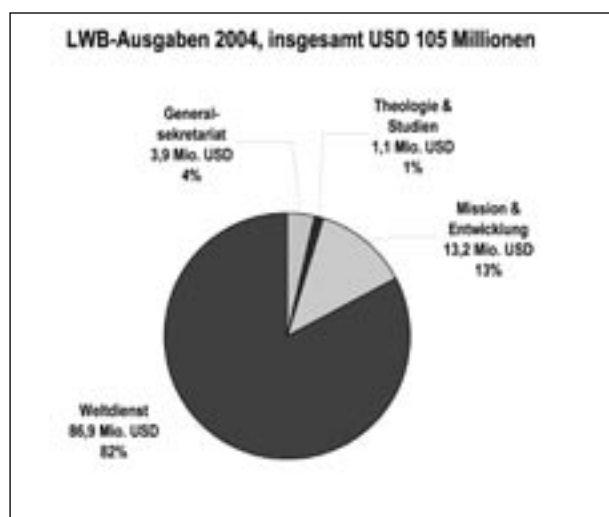
Stoll erwartet ab 2007 „strukturelles Defizit“

Gegenüber dem ausgeglichenen Finanzhaushalt des Jahres 2004 sowie der Erwartung, ebenfalls in den Jahren 2005 und 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, geht LWB-Schatzmeister Stoll jedoch davon aus, dass ab dem Jahr 2007 „das strukturelle Defizit im Genfer Koordinierungsbudget“ jährlich rund 800.000 bis 900.000 Schweizer Franken (CHF) betragen werde. Spätestens ab 2007 könne nicht mehr mit hohen Wechselkursgewinnen gerechnet werden. „Vielmehr werden wir, wenn der USD gegenüber dem Euro steigt, nur unter grossen Schwierigkeiten Kursverluste vermeiden können“, betonte Stoll. Ein weiterer Grund für das prognostizierte Defizit seien die sinkenden Beiträge von Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen aus Deutschland, obgleich diese Beiträge noch weit über dem fairen Mitgliedsbeitrag lägen. Die Arbeit müsse sorgfältig geplant werden, damit der Genfer Koordinierungshaushalt ausgeglichen werden könne.

LWB-Schatzmeister unterbreitet Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen

Um die Einnahmen des LWB zu erhöhen, schlug LWB-Schatzmeister Stoll vor, sich neben den Bemühungen, zweckgebundene Mittel für Projekte und Programme einzuwerben, auf die sogenannten fairen Mitgliedsbeiträge sowie den LWB-Stiftungsfonds zu konzentrieren. Die fairen Mitgliedsbeiträge basieren auf der zahlenmässigen Stärke jeder Mitgliedskirche sowie der Wirtschaftskraft ihres Landes. Stoll verwies darauf, dass einige Mitgliedskirchen ihren fairen Mitgliedsbeitrag in voller Höhe zahlten, oder sogar noch darüber hinaus, und dies trotz der Tatsache, dass sie selbst finanzielle Probleme hätten.

Sollten alle Mitgliedskirchen den fairen Mitgliedsbeitrag in vollem Umfang zahlen, würde das beim derzeitigen Euro/USD-Kurs zusätzliche Einnahmen



in Höhe von rund 400.000 CHF im Jahr erbringen. „Wir müssen also diejenigen Mitgliedskirchen, die bis jetzt noch nicht den vollen fairen Mitgliedsbeitrag entrichtet haben, auffordern, ihre Anstrengungen zu verstärken, um dieses Ziel zu erreichen“, so Stoll.

LWB-Stiftungskapital beläuft sich auf 8,9 Millionen CHF

In diesem Zusammenhang verwies Stoll auf die Bedeutung des LWB-Stiftungsfonds für die finanzielle Zukunft des LWB. Er erinnerte die Mitgliedskirchen an das Zwischenziel, das Kapital des Stiftungsfonds auf 10 Millionen CHF zu erhöhen. Momentan beliefen sich die Zusagen und das gegenwärtige Stiftungskapital auf 8,9 Millionen CHF. Der LWB-Stiftungsfonds wurde im September 1996 auf Empfehlung des LWB-Rates eingerichtet. Er dient in erster Linie zur finanziellen Unterstützung der Arbeit des LWB. Seit April 1999 ist der Stiftungsfonds unter Schweizer Recht im Kanton Genf eingetragen. Langfristig ist ein Fondsvermögen von 50 Millionen CHF anvisiert.

AWD-Programm in Jerusalem ernsthaft bedroht

Im Blick auf finanziellen Risiken und Unsicherheiten berichtete Stoll, dass vor allem das Auguste Victoria-Krankenhaus (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem betroffen sei. Ursache hierfür sei zum einen der seit mehreren Jahren andauernde Steuerstreit mit dem israelischen Finanzministerium um die Erhebung einer Arbeitgebersteuer seitens der israelischen Regierung. Weiterhin seien das hohe Programmdefizit, die Folgen

der Errichtung der Trennmauer im Westjordanland sowie die Zukunft der UNRWA-PatientInnen (UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge) eine ernsthafte Bedrohung für das AWD-Programm in Jerusalem.

Weiterhin berichtete der LWB-Schatzmeister, dass das Ökumenische Institut in Strassburg (Frankreich) den Umfang seines Forschungsteams dem Einnahmenniveau angepasst habe. Durch eine Reduzierung der vollen Stellen hin zu mehr beigeordneten Teilzeitprofessuren wiesen die Haushaltsprojektionen für die kommenden vier Jahre ausgeglichene Budgets für das Institut aus.

Zukünftige Zusammenarbeit der lutherischen Gemeinschaft

In seinem Bericht an die LWB-Ratsmitglieder verwies Stoll zudem auf die Anfang Juni 2005 in Chavannes-de-Bogis bei Genf abgehaltene Konsultation über „Die Zukunft des LWB im Kontext der ökumenischen Neugestaltung“. Während dieses Treffens, an dem mehr als 40 VertreterInnen von LWB-Mitgliedskirchen, Nationalen Komitees, Partnerorganisationen und Mitglieder des LWB-Stabs teilnahmen, hätten die TeilnehmerInnen auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich um Zusammenarbeit und die Nutzung von Synergieeffekten zu bemühen, anstatt in Wettbewerb mit anderen Akteuren zu treten. Innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft sei es dringend erforderlich, die Programme besser zu koordinieren und die Arbeit gemeinsam zu planen. Als weiteres Ergebnis der Tagung sei formuliert worden, dass der LWB bereit sein müsse, alles aufzugeben, was ihn davon abhalte, das zu tun, wozu die Gemeinschaft von Kirchen in ihrem Sein und Handeln in einzigartiger Weise berufen sei. *(1.037 Wörter)*

Treffen mit Vertreter Rumänischer Orthodoxer Kirche in Jerusalem

Während der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem traf eine LWB-Delegation mit dem Vertreter der Rumänischen Orthodoxen Kirche in Jerusalem, Archimandrit Ieronim Cretu, zusammen. Zur LWB-Delegation gehörten

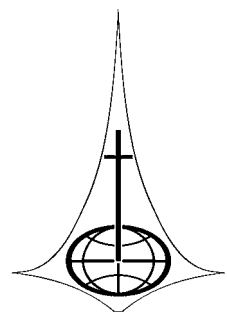


Von li.: LWB-Generalsekretär Noko, LWB-Präsident Hanson, Bischof Klein, Archimandrit Ieronim Cretu und Bischof Younan. © LWB/John Brooks



Empfang der LWB-Delegation durch den Vertreter der Rumänischen Orthodoxen Kirche in Jerusalem. © LWB/John Brooks

LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (USA); Bischof Dr. Munib A. Younan (Jerusalem), LWB-Vizepräsident für die Region Asien; Bischof Dr. Christoph Klein (Rumänien), LWB-Vizepräsident für die Region Mittel- und Osteuropa; sowie LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko.



LWB-Rat entzieht Bischof Walter E. Obare Omwanza Beauftragung als Berater

Jerusalem/Bethlehem/Genf, 1. September 2005 (LWI) – Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat am 1. September 2005 beschlossen:

- auf der Grundlage von Vorgaben der LWB-Verfassung Bischof Walter E. Obare Omwanza die Beauftragung als Berater des LWB-Rates zu entziehen, da er ohne das Einverständnis der Schwedischen Kirche die Weihe eines Pfarrers der Schwedischen Kirche zum Bischof vollzogen hat. Dies ist ein unangemessenes Vorgehen und bedeutet eine Einmischung in das Leben einer Mitgliedskirche. Bischof Obares Vorgehen hat negative Konsequenzen für die Einheit des LWB als Kirchengemeinschaft und läuft seinem Auftrag als Berater des Rates zuwider.
- Die Entziehung seiner Beauftragung hat keinerlei Konsequenzen für den Status der Evangelisch-



Bischof Walter E. Obare Omwanza, Evangelisch-Lutherische Kirche in Kenia. © LWB/D.-M. Gröttsch

Lutherischen Kirche in Kenia als Mitglied des LWB.

Die Empfehlung, Obares Beraterstatus im Rat zu beenden, wurde vom LWB-Exekutivkomitee vorgelegt, das vom 19. bis 21. Februar 2005 in Genf (Schweiz) tagte. Das 13-köpfige Komitee erklärte, es sei informiert worden, dass Obare am 5. Februar 2005 Pfr. Arne Olsson zum Bischof der Missionsprovinz in Schweden geweiht habe.

Bischof Dr. Zephania Kameeta, LWB-Vizepräsident für die Region Afrika und Mitglied des LWB-Exekutivkomitees, erklärte: „die afrikanischen Bischöfe sowie Präsidenten und Präsidentinnen

trafen bei der LWB-Ratstagung im September 2004 mit Bischof Obare zusammen, nahmen seine Perspektive zur Kenntnis und rieten ihm dann davon ab, in Schweden einen Bischof zu ordinieren.“

Der Rat möchte betonen, dass dieser Beschluss sich in keiner Weise auf die Evangelisch-Lutherische Kirche in Kenia bezieht, sondern dass es sich um eine interne Angelegenheit handelt, die Bischof Obare und den LWB-Rat betrifft. „Durch seine Einmischung in die Angelegenheiten der Schwedischen Kirche hat Bischof Obare seine Rolle als Berater des Rates untergraben. Im Blick auf seine Rolle als Berater des Programmausschusses für Theologie und Studien kann der Rat seinen Ratschlägen kein Vertrauen mehr entgegenbringen“, so Pfr. Dr. Ishmael Noko, Generalsekretär des LWB.

„Mein Anliegen ist, dass wir die Einheit des LWB wahren, dabei aber jederzeit die Vielfalt in unseren Mitgliedskirchen achten. Das Verhalten Bischof Obares bedroht diese Einheit“, so die Einschätzung von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson.

(338 Wörter)

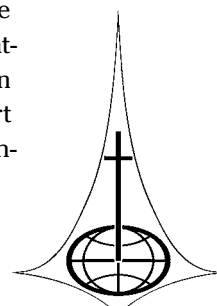


Diskussion im Plenum über den Entzug der Beauftragung von Bischof Walter E. Obare Omwanza als Berater des LWB-Rates. © LWB/D.-M. Gröttsch

Elfte LWB-Vollversammlung findet 2010 in Stuttgart statt

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg (Deutschland) wird Gastgeberin der Elften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Jahr 2010. Die Mitglieder des LWB-Rates wählten am Montag, 5. September, auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem in geheimer Wahl die württembergische Landeshauptstadt Stuttgart als Tagungsort.

23 Ratsmitglieder stimmten bei 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung für die Einladung der württembergischen Landeskirche. Neben Württemberg hatte sich die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der Slowakischen Republik beworben, deren Einladung von Generalbischof Dr. Július Filo präsentiert wurde. Ursprünglich hatte sich auch die Evangelisch-



Lutherische Kirche Kolumbiens um die Ausrichtung der Elften LWB-Vollversammlung beworben. Die lateinamerikanische Kirche hatte ihre Einladung jedoch zurückgezogen, da im weiteren Dialog mit dem LWB deutlich geworden sei, dass die Ausrichtung einer Tagung dieser Grössenordnung die Kirche personell und finanziell überfordern würde.

Für die württembergische Landeskirche sei es eine grosse Ehre, dass die kommende Vollversammlung in Stuttgart stattfindet, betonte Oberkirchenrat Heiner Küenzlen, der die Einladung seiner Kirche den Ratsmitgliedern überbrachte. Er sei froh, Delegierte aller LWB-Mitgliedskirchen in Württemberg begrüßen zu können. „Die christliche Kirche ist eine Weltkirche, es wird uns gut tun, Christinnen und Christen aus aller Welt zu Gast zu haben. Wir sehen gegenwärtig sehr stark auf unsere Probleme in Kirche und Gesellschaft in Deutschland, aber wir wollen die Freuden und Sorgen der evangelisch-lutherischen Kirchen weltweit teilen“, sagte Küenzlen. Deshalb solle die kommende Vollversammlung in Stuttgart als ein Fest der ganzen Landeskirche und aller ChristInnen ausgerichtet werden. „Wir freuen uns sehr darauf“, so der Oberkirchenrat.

Die Landeskirche werde für die Vollversammlung und deren Vorbereitung logistische, personelle und finanzielle Unterstützung leisten, erklärte Küenzlen. Auch solle die Gastfreundschaft der Kirchengemeinden in Anspruch genommen werden, mit denen man bereits gute Erfahrungen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (1999) sowie beim Europäischen Jungentreffen der Gemeinschaft von Taizé (1996) in Stuttgart gemacht habe.

Der slowakische Generalbischof Filo gratulierte im Anschluss an die Abstimmung der württembergischen Kirche zur Ausrichtung der LWB-Vollversammlung. Für die lutherische Kirche in der Slowakischen Republik wäre es „eine grosse Chance gewesen, die Vollversammlung gemeinsam mit den Nachbar- sowie den Partnerkirchen in Deutschland auszurichten“. Er hoffe, so Filo, dass die Vollversammlung 2010 in Stuttgart viel mehr ein öffentliches Ereignis werde, das es der Basis erlaube, daran teilzunehmen.

Die württembergische Landeskirche ist eine der 13 lutherischen Mitgliedskirchen des Deutschen Nationalkomitees des LWB (DNK/LWB) und eine Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Landeskirche umfasst ungefähr das Gebiet des alten Bundeslandes Württemberg. Ihr gehören circa 2,35 Millionen lutherische ChristInnen an. Landesbischof ist seit 1. September 2005 Frank O. July. Die Kirchenleitung hat ihren Sitz im Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart. Die württembergische Landeskirche ist seit 1947 Mitglied des LWB.



Oberkirchenrat Heiner Küenzlen von der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (Deutschland) präsentierte die Einladung seiner Kirche nach Stuttgart. © LWB/John Brooks

Der Geschäftsführer des DNK/LWB, Oberkirchenrat Norbert Denecke, erklärte nach der Abstimmung, „das DNK begrüsst diese Entscheidung und freut sich, im Jahr 2010 Delegierte aus den LWB-Mitgliedskirchen aus allen Teilen der Welt in Stuttgart willkommen zu heissen“. Im Unterschied zur letzten LWB-Vollversammlung in Deutschland (1952 in Hannover), an der vorrangig männliche Delegierte aus Europa und Nordamerika teilgenommen hätten, habe sich der LWB inzwischen zu einer weltweiten Kirchengemeinschaft entwickelt, die von Frauen und Männern aus wachsenden Kirchen des Südens und des Nordens repräsentiert werde.

Die anderen deutschen lutherischen Kirchen hätten sich am 30. Mai auf einer Sitzung des DNK/LWB für die Bewerbung Württembergs ausgesprochen und sie unterstützt, so Denecke.

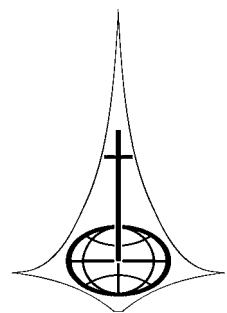
Die Vollversammlung ist oberstes Entscheidungsorgan des LWB und trifft sich in der Regel alle sechs Jahre. Bei einer Vollversammlung fällen die Delegierten der Mitgliedsländer grundlegende Entscheidungen zur zukünftigen Arbeit und Ausrichtung des LWB. Sie tauschen Erfahrungen aus und beschäftigen sich mit Fragen und Themen, mit denen ihre Kirchen konfrontiert sind. Die letzte Vollversammlung wurde 2003 in Winnipeg (Kanada) unter dem Motto „Zur Heilung der Welt“ abgehalten.

Die bisherigen zehn Vollversammlungen des LWB seit seiner Gründung 1947 fanden statt in: Lund (Schweden) 1947; Hannover (Deutschland) 1952; Minneapolis (USA) 1957; Helsinki (Finnland) 1963; Evian (Frankreich) 1970; Daressalam (Tansania) 1977; Budapest (Ungarn) 1984; Curitiba (Brasilien) 1990; Hongkong (China) 1997; Winnipeg (Kanada) 2003.

(652 Wörter)



Generalbischof Dr. Julius Filo (re.) gratuliert OKR Heiner Küenzlen (li.) nach der Entscheidung des LWB-Rates über die Ausrichtung der LWB-Vollversammlung 2010 in Stuttgart. In der Mitte LWB-Schatzmeister Peter Stoll von der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. © LWB/D.-M. Grötzsch



Zahl der Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes steigt auf 140

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem drei neue Mitgliedskirchen aufgenommen. Damit gehören 140 Mitgliedskirchen in 78 Ländern weltweit mit insgesamt 65,95 Millionen Mitgliedern zum LWB; eine der neuen Mitgliedskirchen war bereits assoziierte LWB-Mitgliedskirche.

Die Mitglieder des LWB-Rates entschieden auf Empfehlung des Ständigen Ausschusses für Mitgliedschaft, folgenden Kirchen volle Mitgliedschaft zu gewähren: der Evangelisch-Lutherischen Freikirche Norwegens mit 21.000 Mitgliedern, der Peruanischen Lutherisch-Evangelischen Kirche (ILEP) mit 1.110 Mitgliedern sowie der Evangelisch-Lutherischen Kirche in den Himalaya-Staaten (ELKIDHS) in Indien mit 23.350 Mitgliedern. Die Evangelisch-Lutherische Freikirche Norwegens war bereits seit 1997 assoziierte LWB-Mitgliedskirche. Die Zahl der Mitglieder, die zu LWB-Mitgliedskirchen gehören, steigt daher geringfügig auf insgesamt 65.948.879.

Vor Aufnahme der neuen Mitgliedskirchen gehörten 138 Kirchen in 77 Ländern mit rund 65,93 Millionen Mitgliedern zum LWB.

Evangelisch-Lutherische Freikirche Norwegens

Die Evangelisch-Lutherische Freikirche Norwegens (Den Evangelisk Lutherske Frikirke) wurde 1877 gegründet. Seit sie 1997 assoziiertes Mitglied wurde, nahm die skandinavische Kirche aktiv an allen Tagungen des LWB teil. Die Kirche ist Mitglied des Christenrates von Norwegen und des Rates Freier Kirchen in Norwegen. Sie ist durch ihre Missionsabteilung sehr aktiv und unterhält regelmässige Kontakte zu mehreren LWB-Mitgliedskirchen.

Die norwegische Kirche besteht aus 82 Gemeinden, die in fünf Kirchenkreisen über das gesamte Land verteilt sind. Es gibt 70 männliche ordinierte Geistliche. 2005 beschloss die Synode der Kirche, die Frauenordination einzuführen.

Peruanische Lutherisch-Evangelische Kirche

Die Peruanische Lutherisch-Evangelische Kirche (Iglesia Luterana Evangélica Peruana, ILEP) ist aus einer



Pfarrerin Claudia Schreiber von der Lippischen Landeskirche [Lutherische Klasse] ist Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für Mitgliedschaft. © LWB/D.-M. Grötzsch

Initiative der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Peru (IELP) und der Missionsarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) in den Jahren 1967 bis 1982 hervorgegangen. Die missionarische Tätigkeit konzentrierte sich zunächst auf die Elendsviertel der peruanischen Hauptstadt Lima. Dort wurden zwischen 1968 und 1990 vier Gemeinden gegründet. Die Slums von Lima sind neben der diakonischen Arbeit in der Andenregion auch heute Schwerpunkte der ILEP. Die peruanische Kirche verbindet diese Arbeit mit missionarischen Aktivitäten, um als Kirche einen Raum zu bieten, in dem die Menschen ihren Glauben verantwortlich, respektvoll und im Geist der Freiheit und des Dienstes leben können.

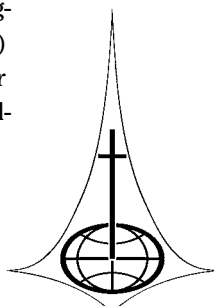
Zu der Kirche gehören zwölf Gemeinden, drei Missionsstationen und 13 ordinierte Geistliche (acht Männer sowie fünf Frauen). Die ILEP steht in engem Kontakt mit der ELKA. Sie hat 2001 eine Kooperationsvereinbarung mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK) und 2004 mit dem Evangelisch-Lutherischen Missionswerk in Niedersachsen (Deutschland) unterzeichnet. Seit 1994 war die ILEP bereits anerkannte Gemeinde des LWB.

Evangelisch-Lutherische Kirche in den Himalaya-Staaten

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in den Himalaya-Staaten (Indien) wurde 2002 unter Federführung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI) gegründet. Sie ging aus dem Zusammenschluss von vier indischen Kirchen hervor. Zu ihr gehören fünf unterschiedliche ethnische Gruppen in den Himalaya-Staaten.



Der Sekretär der Synode der Evangelisch-Lutherischen Freikirche Norwegens, Terje Solberg, beantwortet Fragen der Ratsmitglieder zur Aufnahme seiner Kirche als Vollmitglied des LWB. © LWB/D.-M. Grötzsch



In der ELKIDHS arbeiten 65 ordinierte Geistliche in den Bereichen theologische Ausbildung und Erwachsenenbildung, in weiterführenden Schulen mit Internat, in Drogenentziehungs- beziehungsweise Rehabilitationszentren und in der Gemeinwesenentwicklung. Weiterhin engagiert sich die Kirche für Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene und Förderprogramme für Kinder. Die Frauenordination hat eine lange Tradition in der ELKIDHS.

Mit der Generalsekretärin der ELKIDHS wurde in Indien zum zweiten Mal eine Frau zur Bischöfin geweiht.

Die ELKIDHS arbeitete als assoziiertes Mitglied in den letzten zehn Jahren eng mit der VELKI zusammen. Durch ihre Mitgliedschaft in der VELKI gehört sie zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Die Kirche ist Mitglied des Indischen Nationalkomitees des LWB und hat die Mitgliedschaft im Regionalen Rat beantragt. (553 Wörter)

LWB-Rat ruft zur Intensivierung der HIV/AIDS-Kampagne auf

Die Mitglieder des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben die Mitgliedskirchen des LWB dazu aufgerufen, ihre Regierungen und nationalen Parlamente aufzufordern, die Mittel zur Finanzierung des weltweiten Kampfes gegen HIV/AIDS auf den von der letzten UNAIDS-Schätzung festgestellten erforderlichen Stand zu bringen. Angesichts der verheerenden Ausmasse der HIV/AIDS-Pandemie und des dadurch verursachten unermesslichen Leidens sowie angesichts des bewährten positiven Wirkens religiöser Organisationen im Kampf gegen diese Krankheit bekräftigten die Ratsmitglieder auf ihrer Tagung, dass die HIV/AIDS-Kampagne des LWB weiter verstärkt werden müsse.



Der Programmausschuss für Mission und Entwicklung wird von Kirchenpräsident Pr. Dr. Walter Altmann aus Brasilien geleitet. © LWB/John Brooks

Mit Anerkennung seien Berichte aus vielen Mitgliedskirchen über die ermutigenden Ergebnisse der HIV/AIDS-Kampagne im Süden und im Norden entgegengenommen worden. Weiterhin seien in der Haltung lutherischer Kirchenleitungen positive Veränderungen und ein zunehmender aktiver Beitrag zum Kampf gegen HIV/AIDS wahrzunehmen, so der LWB-Rat in seinem Beschluss. Parallel zur Diskussion im Plenum der LWB-Ratstagung begann in London (Grossbritannien) eine zweitägige internationale Konferenz zur Finanzierung des Globalen Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM).

„Wir bestätigen die Notwendigkeit eines stärkeren Kapazitätsaufbaus, um den bei regionalen Konsultationen eingegangenen Verpflichtungen besser gerecht zu werden und um unsere Programme zur Vorbeugung von AIDS und zur Behandlung, Betreuung und Unterstützung von Betroffenen zu intensivieren“, so die Ratsmitglieder in ihrem Beschluss.

Der LWB-Rat rief die US-amerikanischen LWB-Mitgliedskirchen dazu auf, im Namen des LWB bei der US-Regierung vorstellig zu werden, um auf eine Abänderung der Bedingungen für die Verwendung der Mittel aus dem ‚Presidential Emergency Plan for AIDS Relief‘ (PEPFAR – Notstandsplan des Präsidenten für die AIDS-Hilfe) hinzuwirken. Den EmpfängerInnen müs-

se freigestellt werden, welche Vorbeugungsmethoden sie anwenden und von welchem Anbieter sie auf dem Weltmarkt Generika und Testmaterial aus Mitteln des PEPFAR importieren wollen.

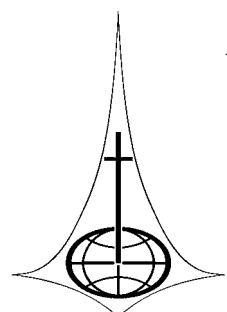
Dankbar äusserte sich der LWB-Rat, dass der Globale Fonds LWB-Programme massgeblich unterstütze. Im Januar 2003 hatte der LWB mit dem Globalen Fonds ein Abkommen zur Förderung der weltweiten LWB-Kampagne gegen HIV/AIDS unterzeichnet. Zum ersten Mal hatte damit der Globale Fonds seit seiner Gründung 2001 einen Vertrag mit einer Nichtregierungsorganisation (NGO), zumal mit religiösem Hintergrund, geschlossen.

Weiterhin unterstützte der LWB-Rat die „3-x-5-Initiative“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO), auf deren Grundlage bis zum Ende dieses Jahres drei Millionen HIV/AIDS-Betroffene behandelt werden sollen. Die Ratsmitglieder sprachen sich zudem für die Initiative der G8-Staaten aus, die bis spätestens 2010 den weltweiten Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten eröffnen soll. „Wir hoffen, dass die Finanzierungslücke der ‚3-x-5-Initiative‘ und des GFATM umgehend geschlossen wird“, so der LWB-Rat.

Im Blick auf die wachsenden Probleme, die dem internationalen Handel mit Generika aus Indien unter dem Druck der Bestimmungen der Welthandelsorganisation



Plenarsitzung: Bischof Dr. Eero Huovinen aus Finnland (Mitte), LWB-Vizepräsident für die Region Nordische Länder, und Bischof Dr. Zephania Kameeta aus Namibia (re.), LWB-Vizepräsident für die Region Afrika. © LWB/John Brooks



(WTO) entstehen, forderten die Ratsmitglieder die WTO nachdrücklich auf, „dafür zu sorgen, dass Handelsbestimmungen nicht den Zugang zu bezahlbaren, hoch wirksamen Antiretroviral-Medikamenten einschliesslich der Generika aus WTO-Mitgliedsländern behindern“.

Nach Angaben von UNAIDS lebten im Jahr 2004 rund 39,4 Millionen Menschen weltweit mit HIV/AIDS. Am stärksten betroffen sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara, mit 25,4 Millionen Betroffenen, gefolgt von Asien mit 8,2 Millionen Menschen, die mit HIV/AIDS leben.

LWB-Rat bekräftigt gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Leitungsfunktionen

Der LWB-Programmausschuss für Mission und Entwicklung nahm auf seiner Tagung in Jerusalem/

Bethlehem auch die Botschaft der „Konferenz von Bischöfinnen, Präsidentinnen und Kirchenleiterinnen mit dem Amt der Aufsicht“ entgegen. Die Konferenz fand vom 16. bis 19. Juni 2005 in Genf statt. Auf Empfehlung des Programmausschusses stellte sich der LWB-Rat nachdrücklich hinter die Feststellung aus der Botschaft der Konferenz:

„Wir bekräftigen nachdrücklich das theologische Verständnis der lutherischen Kirche, wonach Frau und Mann als Ebenbild Gottes geschaffen sind und das Evangelium von Jesus Christus Frauen und Männer zu den verschiedenen Diensten beruft. Der Fülle des Evangeliums ist am besten Genüge getan, wenn Frauen und Männer gleichermaßen Zugang zu Leitungsfunktionen erhalten.“

(597 Wörter)

Hurrikan Katrina: LWB-Rat bekundet tiefes Mitgefühl für Opfer und ihre Familien

„Wir sind schockiert über das Ausmass der Katastrophe und unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Familien“, erklärten die Mitglieder des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB) auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem angesichts der Verwüstungen, die der Hurrikan Katrina in den an den Golf von Mexiko angrenzenden Bundesstaaten der USA hinterlassen hat. „Das anhaltende Leid vor allem von Menschen, die in Armut leben, insbesondere AfroamerikanerInnen, und die Tatsache, dass viele tagelang ohne ein Mindestmass an Versorgung und Hilfe ausharren mussten, hat tiefe Betroffenheit bei uns ausgelöst“, heisst es weiter in einer öffentlichen Erklärung des Rates.



*Diadem Depayso, Vorsitzende des Programmausschusses für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte.
© LWB/D.-M. Gröttsch*

Der Rat würdige und unterstütze die bedeutende diakonische Arbeit, die die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELKA) in der Region leiste. Die Delegierten des Rates ermutigten die LWB-Mitgliedskirchen sowie die Mitglieder des internationalen Netzwerkes kirchlicher Hilfsaktion ACT (Action by Churches Together – Kirchen helfen gemeinsam) in den USA, die Region angemessen zu unterstützen.

Die Ratsmitglieder betonten, „in unseren Gebeten gedenken wir der Opfer und all derer, die von der Katastrophe betroffen sind“. Die Kirchen weltweit schlossen sie inmitten dieser Krise in ihre Gebete ein.

(189 Wörter)

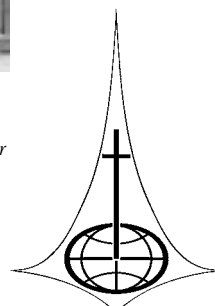
LWB-Ratsmitglieder schockiert über Auswirkungen israelischer Trennmauer

Die Delegierten des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem eine Öffentliche Erklärung zu ihren Erfahrungen in Israel und den palästinensischen Gebieten verabschiedet. „Unser Besuch hat vielen von uns die Augen geöffnet für die täglichen Beschwerden des palästinensischen Volkes, über die die Medien oft nicht berichten“, so die Ratsmitglieder in ihrer Erklärung am Dienstag, 6. September. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) verkündete mutig eine „Botschaft der Hoffnung und der Versöhnung“.

Die Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem habe die Möglichkeit eröffnet, die Gemeinden der ELKJHL und



Streng gesichert: Der israelische Checkpoint Kalandia auf der Strasse von Jerusalem nach Ramallah. Die von Israel errichtete Trennmauer besteht aus bis zu neun Meter hohen Betonblöcken sowie Stacheldrahtzäunen. © LWB/B. Dreinhöfer





Auf mitunter stundenlange Wartezeiten müssen sich PalästinenserInnen einstellen, wenn sie den israelischen Checkpoint Kalandia in Richtung Jerusalem passieren wollen.
© LWB/D.-M. Grötzsch

die Menschen in der Region kennen zu lernen. Der Rat habe tiefer verstehen gelernt, dass eine echte Verpflichtung zum Frieden dringend nötig sei.

Die Ratsmitglieder erneuerten ihren Aufruf, die Besetzung der palästinensischen Gebiete zu beenden. Der israelische Rückzug aus Gaza sei lediglich ein erster positiver Schritt in Richtung „Road-Map“. Der „Road-Map“ genannte Friedensplan wurde von den USA in Zusammenarbeit mit Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen aufgestellt, um eine Beilegung des Konflikts zwischen Israel und Palästina zu erwirken. Die Besetzung müsse beendet werden, um eine Zwei-Staaten-Lösung und ein Jerusalem, das beide Seiten miteinander teilen, zu schaffen, so der LWB-Rat.

Beim Besuch der Trennmauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten zeigten sich die Ratsmitglieder schockiert über die Auswirkungen der Mauer auf das tägliche Leben der PalästinenserInnen. Gemeindemitglieder könnten den Gottesdienst nicht besuchen und Bäuerinnen und Bauern seien von ihren Feldern abgeschnitten. Auch sei PatientInnen, ÄrztInnen und medizinischem Personal der Zugang zu Krankenhäusern und medizinischen Zentren verwehrt. Dies komme einer Verweigerung des Rechts auf medizinische Versorgung gleich.

Der Rat habe erlebt, dass die Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt oder unterbunden sei und dabei beispielsweise Eheleute von ihren Familien getrennt würden, weil sie nicht dieselbe Aufenthalts-

erlaubnis hätten. Dies werteten die Delegierten als Druckmassnahmen, die israelische Behörden im Gebiet um Jerusalem auf die PalästinenserInnen ausübten. Die Behörden rissen auch Häuser ab und erweiterten israelische Siedlungen, um PalästinenserInnen von ihrem Land zu verdrängen. Die Kirchen müssten Projekte unterstützen, die die Konfiszierung von Häusern und Land verhindern und zusätzlichen Wohnraum schaffen.

Die zunehmenden Einschränkungen, denen PalästinenserInnen unterworfen seien, führten dazu, dass immer weniger ChristInnen ihr lebendiges Zeugnis im Heiligen Land fortsetzen könnten. Die Delegierten erklärten daher, eine christliche Präsenz sei „wesentliche Bedingung für die weitere Entwicklung kirchennaher Bildungseinrichtungen“ und forderten finanzielle Unterstützung dieser Einrichtungen als „Investition in die Hoffnung der Menschen auf positive Veränderungen“.

Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit müssten geachtet werden und sich durchsetzen. Versöhnung und Gerechtigkeit zu schaffen, sei nicht möglich ohne die gegenseitige Anerkennung der Bedürfnisse des jeweiligen Gegenübers. „Wir hören von den Ängsten, die Israelis empfinden, und von der Wut, die PalästinenserInnen erfüllt – dies hat uns daran erinnert, dass die Sicherheit und Freiheit beider Seiten wechselseitig voneinander abhängen“, so der LWB-Rat in seiner Erklärung.

Die Ratsmitglieder forderten die Mitgliedskirchen dazu auf, Pilgerfahrten für den Frieden zu den Kirchen in der Region anzuregen, um die Situation der Menschen kennen zu lernen. Zudem ermutigte der Rat alle Mitgliedskirchen, Aktionspläne zu entwickeln, um den Frieden in der Region zu fördern.

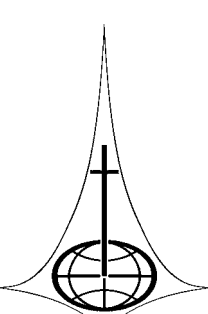
Der Rat schloss sich dem Aufruf von ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan an, jährlich ChristInnen, MuslimInnen, Juden/Jüdinnen, PalästinenserInnen und Israelis in Jerusalem zum Gebet für Frieden und Versöhnung einzuladen. Er unterstützte weiterhin den interreligiösen Dialog. Die Erklärung umfasst auch die Verpflichtung der Kirchen, sich weiterhin für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung im Heiligen Land einzusetzen. (555 Wörter)

LWB-Ratsmitglieder setzen sich für Befreiung der Dalits ein

Die Mitglieder des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem die Initiative der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI) zur Befreiung der Dalits unterstützt. Sie forderten die LWB-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen

dazu auf, die Arbeit der Mitgliedskirchen in Indien und der Länderprogramme der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Indien und Nepal zu begleiten und zu fördern.

In Indien ist das Kastensystem verantwortlich dafür, dass ein Fünftel der Gesamtbevölkerung



aufgrund ihres Berufs und ihrer Abstammung ausgeschlossen und marginalisiert wird. Die Dalits stehen auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie und werden von der übrigen Bevölkerung vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie können keine bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wahrnehmen, die in der indischen Verfassung garantiert sind. Allein in Indien gibt es schätzungsweise 200 Millionen Dalits.

Der LWB-Rat würdigte die Entscheidung der UN-Menschenrechtskommission, mit der sie ihre Unterkommission bevollmächtigt habe, für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte einen Studienprozess zur „Diskriminierung aufgrund der Tätigkeit und der Abstammung“ durchzuführen. Ziel der Studie sei, Prinzipien und Richtlinien zur Überwindung dieser Diskriminierung zu formulieren.

Diesen Studienprozess legte der Rat allen LWB-Mitgliedskirchen, Länderprogrammen und Partnerorganisationen mit speziellen Kenntnissen zur Situation der Dalits und anderer Bevölkerungsgruppen, die von Diskriminierung aufgrund von Tätigkeit und Abstammung betroffen sind, nahe. Die Organisationen wurden gebeten, ihre Erkenntnisse und Empfehlungen an das LWB-Sekretariat in Genf weiterzugeben.



Die LWB-Ratsmitglieder stimmen über die Empfehlungen aus den Programmausschüssen ab. © LWB/John Brooks

Einsatz für Arme und Ausgegrenzte

Weiterhin beschloss der Rat, die Arbeit und Reformbestrebungen der Vereinten Nationen anlässlich des 60. Jubiläums ihres Bestehens zu unterstützen. Die



Diskussion der Beschlussvorlage zum Thema Befreiung der Dalits: Ratsmitglied Pfr. Chandran P. Martin, Geschäftsführer der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI). © LWB/John Brooks

Ratsmitglieder zeigten sich besorgt, dass die Millenniums-Entwicklungsziele drohten, unverwirklicht zu bleiben. Das hätte schwer wiegende Konsequenzen für die Ärmsten und die Ausgegrenzten. Daher möchte sich der Rat die Ziele zu Eigen machen, die konkrete Schritte zur Linderung von physischem Leiden, Diskriminierung, Ungleichheit und Umweltzerstörung böten.

Die Millenniums-Entwicklungsziele sollen bis 2015 erreicht werden. 189 Staaten haben sich im September 2000 darauf verpflichtet, Armut zu bekämpfen, Hunger und Krankheiten zu besiegen sowie Demokratie und Frieden zu fördern.

Weiterhin begrüßte der LWB-Rat das Versprechen der Geberländer auf dem G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juli 2005 im schottischen Gleneagles, die offizielle Entwicklungshilfe erheblich zu erhöhen. „Wir werden alle Bemühungen unserer Regierungen unterstützen, mehr Mittel im Kampf gegen die Armut einzusetzen“, so die Ratsmitglieder.

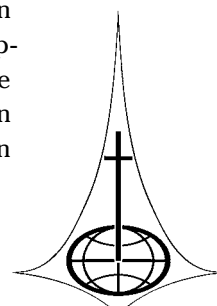
Weibliche Genitalverstümmelung im Blick behalten

Der Rat sprach weiterhin seine Unterstützung für die Arbeit des LWB/AWD-Länderprogramms in Mauretanien aus, das bestrebt sei, sich mit der Problematik der weiblichen Genitalverstümmelung auseinander zu setzen. Die Ratsmitglieder riefen die Mitgliedskirchen und Länderprogramme auf, wo nötig, die Problematik aufzugreifen oder an ihr weiter zu arbeiten. (424 Wörter)

LWB-Rat fordert Engagement für den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

Die Ratsmitglieder des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben auf ihrer Tagung in Jerusalem/Bethlehem das Genfer LWB-Sekretariat aufgefordert, nach Rücksprache mit den LWB-Mitgliedskirchen Grundsätze zur Informationsgesellschaft zu entwickeln. Ein besonderer Fokus solle dabei auf Kommunikationsrechten liegen, so der LWB-Rat in seiner Entschliessung.

Bereits auf der Ratstagung 2004 hatte der LWB-Programmausschuss für Kommunikationsdienste die Entwicklung von Diskussionshilfen (sogenannten *talking points*) zu Fragen angefordert, die den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) betreffen. Die Weltkonferenz, die auf eine Initiative der tunesischen Regierung zurückgeht, wurde 2001 von den Vereinten



Nationen ausgerufen. Sie reiht sich in eine lange Serie von Weltgipfeln zu zentralen Menschheitsfragen ein. Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis der Informationsgesellschaft zu entwickeln.

Die Diskussionshilfen wurden während der diesjährigen Ratstagung im Programmausschuss für Kommunikationsdienste vorgestellt. Auf Empfehlung des Programmausschusses bat der Rat das LWB-Sekretariat, die Einbeziehung der Kommunikationsrechte in einem auf Rechten basierenden Entwicklungsansatz und in das Verständnis des LWB von anwaltschaftlicher Arbeit zu erwägen.

Die LWB-Mitgliedskirchen wurden vom Rat aufgerufen, sich aktiv am Weltgipfel zur Informationsgesellschaft zu beteiligen. Der nächste Gipfel findet im November 2005 in Tunis statt. Er soll die Beschlüsse und den Aktionsplan aus der vorhergehenden Gipfelkonferenz, die 2003 in Genf stattfand, überprüfen sowie konkrete Ziele für die weitere Entwicklung der Informationsgesellschaft verabschieden.

Die Frage der Kommunikationsrechte sollten weiterhin von den LWB-Mitgliedskirchen auf nationaler Ebene bei den jeweiligen Regierungen angesprochen werden, empfahl der Rat.

Kommunikationsanalyse

Dem Programmausschuss für Kommunikationsdienste wurde zudem ein Zwischenbericht über die Analyse und Prüfung der Kommunikationsarbeit im gesamten LWB-Sekretariat vorgestellt, die auf der letzten



*Pfarverin Kristín Tómasdóttir aus Island, Vorsitzende des Programmausschusses für Kommunikationsdienste.
© LWB/D.-M. Gröttsch*

Ratstagung angefordert worden war. Das Büro für Kommunikationsdienste (BKD) hatte in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsabteilung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) und dem abteilungsübergreifenden Ausschuss des LWB für Publikationen einen Fragebogen und Instrumente zur Bewertung der geprüften Materialien entwickelt. Der Ausschuss befürwortete die Ziele und angewandten Methoden, dankte der ELKA für die führende Rolle und Unterstützung bei dieser Arbeit. Weiterhin soll die Einbeziehung aller LWB-Regionen in die Überprüfung gewährleistet werden.

Finanzielle Einsparungen notwendig

Mit Besorgnis nahm der Programmausschuss die schwierige Finanzlage im Blick auf Kernfunktionen des BKD, wie Lutherische Welt-Information (LWI), LWB-Publikationen, die LWB-Webseite sowie das LWB-Handbuch zur Kenntnis. Diese entstand dadurch, dass das BKD seit 2005 keine Mittel mehr aus dem so genannten Genfer Koordinierungsbudget (A-Haushalt) erhält. Deshalb billigte der Ausschuss Kosteneinsparungspläne, die unter anderem die Einstellung der gedruckten Fassung des LWB-Handbuchs vorsehen.

Die bereits erfolgten Anstrengungen des BKD zur Mittelbeschaffung stiessen auf grosse Anerkennung. Der Ausschuss befürwortete die Einrichtung eines „Kommunikationsfonds“, der es dem BKD ermöglichen soll, flexibel auf die Kommunikationsbedürfnisse des LWB zu reagieren. Die LWB-Mitgliedskirchen wurden aufgerufen, den Fonds zu unterstützen. (427 Wörter)

LWB-Rat befürwortet weltweite Versammlung zur Frage der christlichen Auslegung der Schrift

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem den LWB-Generalsekretär dazu aufgefordert, offiziell mit anderen Kirchen und weltweiten christlichen Gemeinschaften über die Möglichkeit einer ökumenischen Versammlung zu beraten, die sich gezielt mit den Herausforderungen einer „Auslegung der Bibel angesichts fundamentalistischer Tendenzen“ befassen soll.

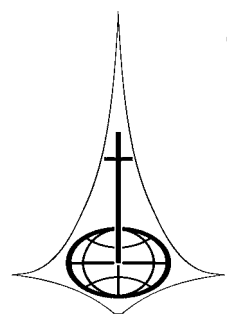
Auf Empfehlung des Programmausschusses für Theologie und Studien betonte der Rat, dass diese Initiative auf der biblisch-hermeneu-



Professorin Dr. Barbara Rossing aus den USA (li.), Vorsitzende des Programmausschusses für Theologie und Studien, und Ratsmitglied Pfr. Dr. Thomas Nyiwe aus Kamerun. © LWB/John Brooks

tischen Studie der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der zurzeit im Rahmen des Programms der LWB-Abteilung für Theologie und Studien (ATS) durchgeführten Studie „Die Autorität der Bibel im Leben der Kirche“ sowie der Studienarbeit anderer weltweiter christlicher Gemeinschaften und zahlreicher ExegetInnen weltweit aufbauen könnte. Der Rat nahm damit Bezug auf einen Vorschlag

von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, der in seiner Ansprache dazu aufgefordert hatte, die Mög-



lichkeit einer weltweiten Versammlung zum Thema der christlichen Auslegung der Schrift zu erörtern.

Im Blick auf den Vorschlag von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, eine beratende Kommission für Lehrfragen einzurichten, beschloss der Rat auf Empfehlung des Programmausschusses für Theologie und Studien, den Generalsekretär zu bevollmächtigen, in Beratung mit dem LWB-Exekutivkomitee jeweils ad hoc BeraterInnengruppen oder Einzelpersonen mit der für die zur Diskussion stehenden Fragen nötigen Fachkenntnis zu ernennen. Bei Bedarf soll ebenfalls das Fachwissen des Instituts für Ökumenische Forschung in Strassburg (Frankreich) und/oder der LWB-Abteilungen und Büros in Anspruch genommen werden, um sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen.

Mit diesem Beschluss wich der Rat von dem ursprünglichen Vorschlag von LWB-Generalsekretär Noko ab, eine Beratende Kommission für Lehrfragen einzurichten. Diese Kommission hätte den LWB-Lei-

tungsgremien bei der Vorbereitung von Diskussionen und Beschlussfassungen helfen sollen, die Aspekte der Lehre beinhalten.

(284 Wörter)



Plenarsitzung: Esther C. Musah aus Liberia (re.) und Pfr. Dr. Mogens S. Mogensen aus Dänemark (li.), beide sind BeraterInnen des Rates.
© LWB/D.-M. Gröttsch

LWB-Rat bestätigt methodistische Stellungnahme zur GE

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat die theologische Stellungnahme des Weltrates Methodistischer Kirchen zur Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GE) mit Dankbarkeit und Anerkennung entgegengenommen. Die Stellungnahme soll der Weltkonferenz der Methodisten im Juli 2006 in Seoul (Südkorea) zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Rat bekräftigte insbesondere die im Zusammenhang mit der methodistischen Stellungnahme formulierte „Offizielle gemeinsame Bestätigung“ durch den LWB, den Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen (PCPCU) und den Weltrat Methodistischer Kirchen. Nach Annahme der theologischen Stellungnahme durch die Weltkonferenz der Methodisten im kommenden Jahr soll eine gemeinsame offizielle Unterzeichnungsfeier der „Offiziellen gemeinsamen Bestätigung“ durch die drei Partner stattfinden.



Prof. Dr. Joachim Track aus Deutschland, Vorsitzender des Programmausschusses für Ökumenische Angelegenheiten.
© LWB/D.-M. Gröttsch

500. Jubiläum des Thesenanschlags im Jahr 2017

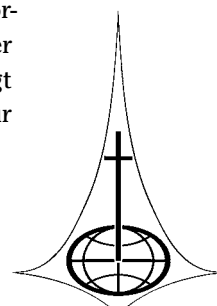
Im Blick auf das 500. Jubiläum des Anschlags der 95 Thesen durch Martin Luther an der Schlosskirche zu Wittenberg bat der Rat den LWB-Generalsekretär, einen Vorbereitungsprozess für die Feier im Jahr 2017 zusammen sowohl mit der römisch-katholischen Kirche als auch mit anderen weltweiten christlichen Gemeinschaften einzuleiten. Dieses Ereignis müsse

auf theologisch und ökumenisch angemessene Weise gefeiert werden, so dass der reformatorische Akzent auf dem Evangelium als wahren Schatz der Kirche hervortrete, so der Programmausschuss für Ökumenische Angelegenheiten in seinem Bericht an den Rat.

Weiterarbeit zur Frage des bischöflichen Amtes

Der Rat hat den Bericht der Arbeitsgruppe, die die Stellungnahmen der Mitgliedskirchen zu dem Dokument „Das bischöfliche Amt im Rahmen der Apostolizität der Kirche. Eine lutherische Erklärung 2002“ zusammengefasst hat, mit Anerkennung entgegengenommen. Diese Erklärung wurde im November 2002 in Malta von den lutherischen TeilnehmerInnen an vier internationalen bilateralen Dialogen (anglikanisch-lutherisch, lutherisch-orthodox, lutherisch-reformiert sowie lutherisch/römisch-katholisch) formuliert.

Der LWB-Generalsekretär wurde vom Rat aufgefordert, die Ausarbeitung eines neuen Textes auf der Grundlage des Textes aus dem Jahr 2002 unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus den Mitgliedskirchen in die Wege zu leiten und den neuen Text wenn möglich dem Rat auf der nächsten Tagung im kommenden Jahr zur Beschlussfassung vorzulegen. Als Teil dieses Prozesses soll der Bericht über die Stellungnahmen allen Mitgliedskirchen vorgelegt und die Erklärung von Malta an die Dialogpartner für etwaige weitere Kommentare weitergeleitet werden.



Gemeinsame lutherisch-orthodoxe Kommission

Das Kommuniké und der Bericht der Tagung der Gemeinsamen lutherisch-orthodoxen Kommission im Jahr 2004 wurde vom Rat mit Anerkennung entgegengenommen. Bei Vorliegen der nötigen finanziellen Mittel ist im Anschluss an die nächste Plenarsitzung zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Kommission im November 2006 eine Publikation mit allen von der Kommission in den vergangenen 25 Jahren verabschiedeten Erklärungen auf Englisch, Deutsch, Griechisch und Russisch geplant. Der LWB-Generalsekretär wurde gebeten, diesen Band, einschliesslich Zusammenfassungen auf Französisch und Spanisch, den Mitgliedskirchen zu Prüfung und Stellungnahme vorzulegen.

Beziehungen zu orientalisch-orthodoxen Kirchen fördern

Der Rat bestätigte die Notwendigkeit, lokale Beziehungen zwischen LutheranerInnen und Orientalisch-Orthodoxen wo immer möglich zu fördern. Da bis heute auf Weltebene keine festen, offiziellen Beziehungen zwischen lutherischen und orientalisch-orthodoxen Kirchen bestehen, wurde der Generalsekretär gebeten, mit Vertretern von orientalisch-orthodoxen Kirchen die Möglichkeit zu prüfen, ein Instrument für regelmässige bilaterale Kontakte einzurichten.

Internationale lutherisch-mennonitische Studienkommission

Der Rat nahm auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem das Kommuniké der Internationalen lutherisch-mennonitischen Studienkommission mit Anerkennung entgegen und ermutigte die Kommission, gemäss den Aussagen des Kommunikés ihre Arbeit weiterzuführen.

Regelmässige Treffen mit Internationalem Lutherischen Rat

Anerkennung brachten die Ratsmitglieder für die Fortsetzung des Beratungsprozesses zwischen dem Internationalen Lutherischen Rat (ILR) und dem LWB zum Ausdruck. 2004 hatte der Rat die Verpflichtung des LWB zum Ausdruck gebracht, weiterhin Kontakte

und Zusammenarbeit zwischen beiden lutherischen Weltorganisationen und ihren Mitgliedskirchen zu fördern und Möglichkeiten zu finden, wie diese Kontakte zwischen beiden lutherischen Familien regelmässiger gestaltet werden könnten. Der Rat bestätigte in Jerusalem/Bethlehem die von beiden lutherischen Weltorganisationen unterzeichnete Absichtserklärung in Bezug auf regelmässige Treffen.

Bitte um regelmässige Unterstützung der ökumenischen Dialoge

„Ernstlich besorgt“ zeigten sich der Programmausschuss für Ökumenische Angelegenheiten sowie der Programmausschuss für Finanzen und Verwaltung über die Finanzierung der ökumenischen Programme, die das Büro für Ökumenische Angelegenheiten durchführt. Auf der Grundlage von Ratsbeschlüssen sowie auf Bitte der Vollversammlung würden Verpflichtungen mit ökumenischen Partnern eingegangen. Es hätte dramatische Konsequenzen auf der ökumenischen Ebene, wenn der LWB als grosse Konfessionsfamilie sich aus finanziellen Gründen unilateral aus solchen Verpflichtungen zurückziehen würde. Es sollte auch anerkannt werden, dass die ökumenische Arbeit des Weltbundes grundlegend für sein Selbstverständnis sei, so beide Ausschüsse in ihrem Bericht an den Rat.

Die Ratsmitglieder forderten die Mitgliedskirchen und mit dem LWB zusammenarbeitenden Hilfswerke dazu auf, ökumenische Dialoge und Beziehungen, an denen der LWB beteiligt ist, auf regelmässiger Basis zu unterstützen.

Anerkennung der Arbeit des Instituts für Ökumenische Forschung

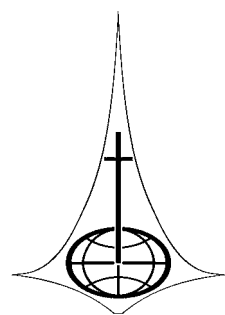
Aus Anlass des 40. Jubiläums des Bestehens des Instituts für Ökumenische Forschung in Strassburg (Frankreich) brachten die Ratsmitglieder „grosse Anerkennung und Dank“ für die vielseitige Arbeit – in Forschung, Lehre und Beratung –, die das Institut seit seiner Gründung in der ökumenischen Theologie geleistet habe, zum Ausdruck. Der Rat unterstrich die Verpflichtung des LWB auf die Weiterführung dieser Arbeit, da sie zentraler Bestandteil der Beteiligung des LWB an der ökumenischen Bewegung sei. *(802 Wörter)*

Genfer LWB-Koordinierungshaushalt in Höhe von 13,1 Millionen CHF gebilligt

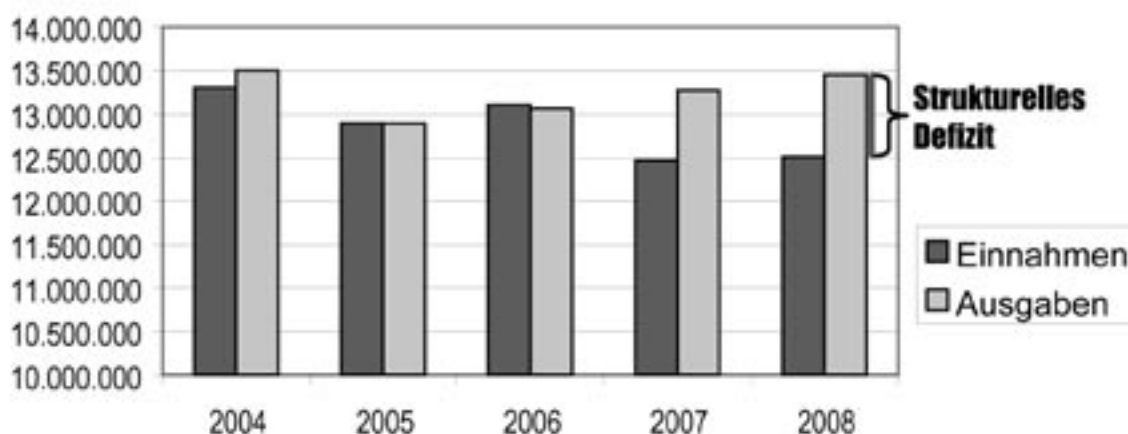
Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem den Genfer LWB-Koordinierungshaushalt für das Jahr 2006 mit Ausgaben in Höhe von 13.124.141 Schweizer Franken (CHF) genehmigt. Das LWB-Exekutivkomitee wurde bevollmächtigt, den Haushalt, der zur Zeit einen

Überschuss von 4.243 CHF aufweist, bei Bedarf anzupassen.

Der Genfer LWB-Koordinierungshaushalt 2006, der so genannte A-Haushalt, der zu 80 Prozent aus Personalaufwendungen besteht, umfasst zum heutigen Stand Ausgaben in Höhe von rund 3,63 Millionen



Genfer Koordinierungsbudget 2004-2008 (CHF) des LWB



CHF für Aufgaben des Generalsekretariats einschliesslich der Büros für Finanzen und Verwaltung (BFV), Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte (BIAMR), Kommunikationsdienste (BKD), Ökumenische Angelegenheiten (BÖA), für Planung und Koordinierung sowie des Personalbüros (PB).

Die geplanten Ausgaben für die LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) belaufen sich im Jahr 2006 auf rund 3,94 Millionen CHF, für die Abteilung für Theologie und Studien (ATS) auf rund 1,07 Millionen CHF sowie für die Abteilung für Weltdienst (AWD) auf 4,1 Millionen CHF. Weiterhin sind Ausgaben in Höhe von 385.000 CHF für die LWB-Leitungsgremien vorgesehen.

Der Rat genehmigte weiterhin das Verfahren der auslastungsorientierten Kostenrechnung, nach dem die Kosten des Genfer Koordinierungsbüros, soweit angemessen, auf die jeweiligen Programme und Projekte verteilt werden sollen.

Programme und Projekte in Höhe von über 91 Millionen USD geplant

Auf der Grundlage der Empfehlungen des LWB-Programmausschusses für Finanzen und Verwaltung hat der Rat für das Jahr 2006 Programme und Projekte der einzelnen LWB-Abteilungen und Büros in Höhe von über 91 Millionen US-Dollar (USD) gebilligt. Die in der so genannten Zusammengefassten Bedarfsliste (Summary of Needs) aufgeführten Programme und Projekte belaufen sich einschliesslich der geplanten Ausgaben für den Genfer LWB-Koordinierungshaushalt auf rund 101 Millionen USD.

Im einzelnen wurden für das BKD 684.401 USD genehmigt, 147.000 USD für das BÖA sowie 430.390 USD für das BIAMR. Die Ratsmitglieder billigten Programme und Projekte für die ATS in Höhe von 147.150 USD, 3.824.690 USD für die AME und 81.527.047 USD für die AWD. Für die Arbeit (Personal- und laufende Kosten) der Lutherischen Stiftung für Ökumenische

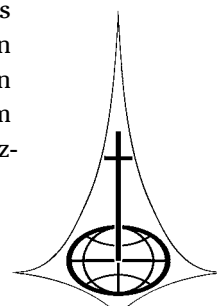
Forschung– Strassburger Institut (Frankreich) sind für das kommende Jahr 350.000 USD vorgesehen. Der LWB-Projektausschuss hat weiterhin AME-Projekte, die in Zusammenarbeit mit den Mitgliedskirchen durchgeführt werden, in Höhe von 4.097.410 USD genehmigt.

Die Zusammengefasste Bedarfsliste für das Jahr 2006 soll an die Mitgliedskirchen, Nationalen Komitees, Partnerorganisationen und Missionswerke weitergeleitet werden, mit der Bitte um Unterstützung durch nicht zweckgebundene und zweckgebundene Beiträge.

Geschäftsplan für Auguste Victoria-Krankenhaus in Jerusalem

Der Programmausschuss für Finanzen und Verwaltung erörterte auf seiner Sitzung in Bethlehem die Situation des unter LWB-Verwaltung stehenden Auguste Victoria-Krankenhauses (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem. Das AVK werde in den kommenden drei Jahren eine schwierige Phase zu bestehen haben, in der seine Arbeit den neuen Bedingungen seines Umfeldes angepasst werden müsse, so der Programmausschuss in seinem Bericht an den Rat. Als Gründe wurden beispielsweise genannt eine geringere Zahl von UNRWA-PatientInnen (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East/UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge), die Geschäftsbeziehungen zur Palästinensischen Autonomiebehörde sowie die möglichen Auswirkungen des Steuerstreits mit Israel. Während dieser Übergangszeit bedürfe es beständiger jährlicher Unterstützung durch die LWB-Partnerorganisationen, damit das Krankenhaus seine Tätigkeit geordnet auf eine neue solide Grundlage stellen könne.

Auf Empfehlung des Programmausschusses forderte der LWB-Rat die AWD auf, die Umsetzung des Geschäftsplans des AVK sorgfältig zu beobachten und ihn notfalls schnell an veränderte Bedingungen anzupassen. Weiterhin soll die AWD sowohl dem Exekutivkomitee im März 2006 als auch dem Finanz-



ausschuss einen Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des AVK-Geschäftsplans vorlegen.

Doppelmitgliedschaft in weltweiten christlichen Gemeinschaften

Angesichts der Tatsache, dass mehrere unierte (lutherisch/reformierte) Kirchen sowohl dem LWB als auch dem Reformierten Weltbund (RWB) angehören, erörterte der Programmausschuss die Frage, welchen Mitgliedsbeitrag die betreffenden unierten Kirchen an beide weltweiten Gemeinschaften zu entrichten haben.

Auf Empfehlung des Programmausschusses genehmigte der Rat Grundsätze hinsichtlich der Doppelmitgliedschaft und der Mitgliedsbeiträge in weltweiten christlichen Gemeinschaften.

Vereinbart wurde, dass alle betroffenen weltweiten christlichen Gemeinschaften an den Beratungen über die Aufnahme einer Kirche beteiligt werden sollen. Sollte eine Kirche, die bisher keiner Gemeinschaft angehört, Interesse an einer Aufnahme in zwei Gemeinschaften bekunden, ist vorgesehen, dass beide Gemeinschaften die Beratungen soweit möglich gemeinsam führen.

Die Handhabung der finanziellen Aspekte einer Doppelmitgliedschaft soll sich an zwei Grundsätzen orientieren: der Fairness, unter Berücksichtigung der Wirtschaftskraft der betreffenden Kirche, sowie der Unparteilichkeit, um die an einer Doppelmitgliedschaft interessierten Kirchen nicht zu überfordern.

Im Blick auf die Festsetzung des Mitgliedsbeitrags soll die neue Mitgliedskirche aufgefordert werden, die angemessenen Mitgliedsbeiträge beider weltweiter christlicher Gemeinschaften offiziell anzuerkennen. Der an jede Gemeinschaft jeweils zu entrichtende Betrag soll dann im Rahmen eines Dreiergesprächs verhandelt werden. Hierbei sollen der vollständige angemessene Mitgliedsbeitrag beider Gemeinschaften, die relative Mitgliedszahl unterschiedlicher Konfessionen der Kirche und die vom LWB und der anderen Gemeinschaft bereitgestellten Dienstleistungen berücksichtigt werden. Die Summe der an den LWB und die andere Gemeinschaft zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge soll jedoch mindestens dem angemessenen Beitrag für die LWB-Mitgliedschaft entsprechen.

(801 Wörter)

Jugenddelegierte schockiert über Lebensbedingungen von PalästinenserInnen

Junge Erwachsene aus Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben in einer Botschaft an den LWB-Rat ihre tiefe Sorge über die harten Bedingungen zum Ausdruck gebracht, unter denen viele PalästinenserInnen im Westjordanland leben müssen. Im Vorfeld der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem nahmen sieben junge Ratsmitglieder und elf Stewards an einem dreitägigen vorbereitenden Jugendworkshop zur Ratstagung teil.

Die TeilnehmerInnen aus Australien, Deutschland, Finnland, Indien, Island, Japan, Jordanien, der Demokratischen Republik Kongo, Litauen, Österreich, Palästina und der Slowakei nutzten während des Workshops die Möglichkeit, palästinensische Dörfer im Westjordanland zu besuchen und die Lebensbedingungen der Menschen kennen zu lernen.

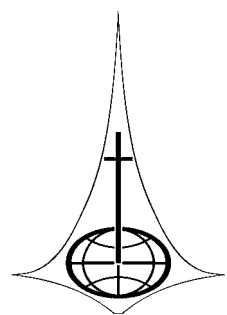
Weiterhin trafen sie mit TeilnehmerInnen des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI) zusammen. EAPPI ist eine Initiative des Ökumenischen Rates des Kirchen (ÖRK) im Rahmen der „Ökumenischen Kampagne zur Beendigung der rechtswidrigen Besetzung Palästinas: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“, die 2002 gestartet wurde. Das Programm unterstützt PalästinenserInnen und Israelis bei gewaltlosen Aktionen für eine Beendigung der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete sowie für eine gerechte und dauerhafte Konfliktlösung. TeilnehmerInnen des Begleitprogramms leben mindestens drei Monate in palästinensischen



Die TeilnehmerInnen des dreitägigen vorbereitenden Jugendworkshops im Vorfeld der Ratstagung präsentieren ihre Botschaft an den Rat. Von li.: Klára Balicza (Ungarn), Gudmundur Bjorn Thorbjörnsson (Island), PfarrerIn Hedwig Partaj aus Österreich (mit Mikrofon), Peter Filo (Slowakei) und Rami Kafiyat (Palästinensische Autonomiegebiete). © LWB/John Brooks

Dörfern und Städten, beobachten die Lage und machen Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht bekannt. Ausserdem unterstützen sie den gewaltlosen Widerstand der lokalen Bevölkerung, sowohl von PalästinenserInnen als auch Israelis, beispielsweise gegen die Trennmauer, und gewähren Schutz durch ihre gewaltlose Anwesenheit.

Die jungen Erwachsenen zeigten sich tief beeindruckt, wie positiv sich die Arbeit der ökumenischen BegleiterInnen auswirke. „Die Präsenz internationaler VertreterInnen





Junge Ratsmitglieder und Stewards der Ratstagung besuchen das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) in Yanoun im Westjordanland. Von li.: Klára Balicza (Ungarn), Geir Konráð Theordórsson (Island), Slavka Danielova (Slowakei) und Ashraf Tannous (Palästinensische Autonomiegebiete). © LWB/Thomas Jensch

in palästinensischen Dörfern und Städten trägt wesentlich zu den Bemühungen bei, die Beziehungen zwischen den so eng zusammenlebenden Israelis und PalästinenserInnen zu normalisieren“, schrieben sie in ihrer Botschaft an den Rat. Allein durch die Präsenz internationaler VertreterInnen nehme die Wahrscheinlichkeit ab, dass es zu Gewalt komme, habe ihnen ein EAPPI-Teilnehmer berichtet.

Auf Empfehlung der jungen Ratsmitglieder und Stewards beschloss der Rat, weiter finanzielle Unterstützung für EAPPI und seine Programme sicherzustellen, damit EAPPI seine Arbeit nicht nur fortsetzen, sondern auch auf andere Aktionen in der Region ausweiten könne, einschliesslich seines Beitrags zur Vertrauensbildung und zur Verständigung zwischen Israelis und PalästinenserInnen.

Weiterhin beschloss der Rat, für die Arbeit des Ökumenischen Begleitprogramms, das sich für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung einsetze, unter den LWB-Mitgliedskirchen zu werben sowie Men-

schen im LWB, insbesondere aus dem Süden, zu ermutigen, als Begleitpersonen für EAPPI zu arbeiten und entsprechende Vorkehrungen dafür zu schaffen.

Im Rahmen des vorbereitenden Jugendworkshops zur Ratstagung besuchten die TeilnehmerInnen auch das vom LWB verwaltete Auguste Victoria-Krankenhaus (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem. Sie lernten die Arbeit des LWB in der Region kennen und diskutierten das Thema „Religion und Konflikt“ mit VertreterInnen von jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften. Die palästinensischen Stewards machten die anderen TeilnehmerInnen des Jugendworkshops mit ihren eigenen Erfahrungen bekannt.

In ihrer Botschaft an den Rat betonten die jungen Erwachsenen, wie sehr sie das, was sie gesehen und gehört hätten, schockiert habe. Vor diesem Hintergrund entschieden die TeilnehmerInnen des Jugendworkshops, einen Teil ihrer Botschaft in Form eines Gebets zu verfassen. Bei der Präsentation der Botschaft beteten die jungen Erwachsenen gemeinsam mit den LWB-Ratsmitgliedern für Frieden in Palästina, Israel und weltweit, für die Überwindung von Unrecht und für den Mut, sich für die Wahrheit einzusetzen.

Die jungen Erwachsenen äusserten den Wunsch, dass das Gebet auch in den LWB-Mitgliedskirchen genutzt und eine Liturgie vorbereitet werde, in deren Rahmen sich die Mitgliedskirchen mit dem Anliegen der Versöhnung, insbesondere im Kontext des Konflikts in Palästina und Israel, auseinander setzen könnten. (567 Wörter)

Den vollen Wortlaut der Jugendbotschaft an den LWB-Rat finden Sie im Format PDF auf der LWB-Webseite unter: www.lutheranworld.org/LWF_Documents/2005-Council/Jugendbotschaft.pdf.

Missions- und Entwicklungsprojekte für 10,7 Millionen US-Dollar gebilligt

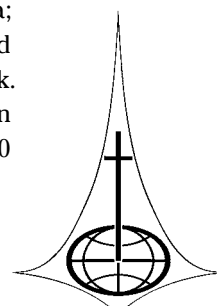
Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung Anfang September die Mitteleinwerbung für Projekte der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) in Höhe von rund 10,7 Millionen US-Dollar (USD) für den Zeitraum 2006 bis 2008 bestätigt. Im Jahr 2006 umfassen die AME-Projekte rund 4,1 Millionen USD, im Jahr 2007 rund vier Millionen USD sowie im Jahr 2008 rund 2,6 Millionen USD.

Der Vorsitzende des LWB-Projektausschusses, Bischof Anders Wejryd aus Schweden, erklärte in seinem Bericht an den Rat, dass der Projektausschuss auf seiner Tagung Mitte Mai dieses Jahres in Montreux (Schweiz) 62 Projekte bewilligt habe; 15 Projekte aus Afrika, 22 aus Asien, elf aus Europa und 14 aus der Region Lateinamerika und Karibik. Über zwei weitere Projekte will der Projektausschuss im Laufe des Jahres brieflich entscheiden. Von diesen Projekten waren 20 bereits vom abteilungsübergreifenden Projektprüfungsausschuss des LWB gebilligt worden. Der

abteilungsübergreifende Projektprüfungsausschuss hat die Vollmacht, Projektanträge mit einem Projektgesamtbudget von bis zu 50.000 USD zu bewilligen.

Die AME-Projektarbeit umfasst pastorale und missionarische Dienste sowie Kommunikations- und Entwicklungsprojekte und stellt eine der Möglichkeiten zur Erfüllung der ganzheitlichen und partizipatorischen Mission der Kirche dar.

Die zur Förderung von Partnerkirchen und -organisationen vorgeschlagenen Projekte betragen für das Jahr 2006: 1.778.300 USD für Projekte in Afrika; 1.325.980 USD in Asien; 361.300 USD in Europa und 631.830 USD für Projekte in der Region Lateinamerika und Karibik. Für das Jahr 2007 belaufen sich die geplanten Ausgaben auf 1.359.400 USD für Projekte in Afrika; 1.768.130 USD in Asien; 246.900 USD in Europa und 592.100 USD in der Region Lateinamerika und Karibik. Im Jahr 2008 plant die AME Projekte in der Höhe von 1.172.000 USD für die Projektarbeit in Afrika; 755.930



USD in Asien; 217.300 USD in Europa und 482.000 USD in der Region Lateinamerika und Karibik.

Bischof Wejryd betonte im Bericht des Projektausschusses, dass sich die massive Aufstockung der geplanten Projektausgaben für den Zeitraum 2006 bis 2008 primär durch die Aufnahme mehrerer umfangreicher Projekte in den Regionen Afrika (Tansania), Asien (Malaysia und Papua-Neuguinea) sowie Lateinamerika und Karibik (Bolivien) erkläre. Im vergangenen Jahr hatte der Ausschuss Projekte für den Zeitraum 2005 bis 2007 in Höhe von rund 6,96 Millionen USD genehmigt.

Solidaritätsfonds für die Gemeinschaft zur Deckung dringenden Bedarfs

Der Projektausschuss hat auf seiner Sitzung im Mai weiterhin der Einrichtung eines Solidaritätsfonds für die Gemeinschaft (Communion Solidarity Fund – CSF) zur Deckung dringenden Bedarfs in Mitgliedskirchen zugestimmt, der sonst durch die Maschen des Prioritätennetzes der Spenderkirchen beziehungsweise -organisationen fällt. Den Unterstützungspartnern des LWB wurde empfohlen, dem Solidaritätsfonds für die

Gemeinschaft aus ihren Budgetrahmen einen Betrag in Höhe von fünf bis zehn Prozent ihrer gesamten Unterstützung für Projekte und Programme zuzuweisen, die nicht im Rahmen der konkreten Grundsätze und Prioritäten der Organisationen gefördert werden.

Der Anwendungsbereich des bereits bestehenden AME-Unterstützungsfonds soll auf weitere programmatische Initiativen ausgeweitet werden, da sich dieser bislang auf projektspezifische Arbeit beschränkt. Über die Kriterien für beide Fonds soll der Projektausschuss brieflich abstimmen.

Norwegerin Dr. Anne Skjelmerud neues Mitglied des Projektausschusses

Als neues Mitglied des Projektausschusses hat der Rat der Norwegischen Kirche für Ökumenische und Internationale Beziehungen die Sozialwissenschaftlerin Dr. Anne Skjelmerud vom Zentrum für Gesundheit und soziale Entwicklung in Oslo (Norwegen) benannt. Skjelmerud ist in dieser Funktion Nachfolgerin von Pfr. Dr. Kjell Birger Nordstokke, der im April dieses Jahres als AME-Direktor zum LWB nach Genf gewechselt ist. (551 Wörter)

Prozess der Strategieplanung soll fortgesetzt werden

Die Ratsmitglieder des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben den LWB-Generalsekretär dazu aufgefordert, den im September vom Rat initiierten Prozess der Strategieplanung weiterzuführen.

Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Genfer Koordinierungshaushalt zu erreichen, sowie eines reduzierten Personalstands soll der Prozess der Strategieplanung als zentrales Instrument bei der Anpassung des LWB an neue Herausforderungen dienen. Während der Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem diskutierten alle LWB-Programmausschüsse den Bericht des Prozesses der Strategieplanung und erarbeiteten Vorschläge an das Plenum der Ratstagung, auf deren Grundlage die Ratsbeschlüsse gefasst wurden.

Der Rat bat den LWB-Generalsekretär, bis zum Abschluss des Prozesses der Strategieplanung den nächsten Tagungen von Exekutivkomitee und Rat über Fortschritte und Ergebnisse zu berichten sowie sich zu den Konsequenzen in Bezug auf Personal und Haushalt zu äussern, wie dies in den Richtlinien des Prozesses der Strategieplanung vorgesehen ist.

Weiterhin entschied der Rat, die Richtlinien für die Strategieplanung dergestalt zu erweitern, dass sie gezielt die Berücksichtigung solcher Aspekte unterstützen, die

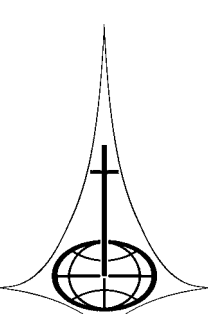


Der Bericht zum Prozess der Strategieplanung wurde von Karin Achtelstetter, Stellvertretende LWB-Generalsekretärin, präsentiert.
© LWB/John Brooks

von Bedeutung für die Erneuerung des LWB und die ökumenische Neugestaltung sowie für die „kontextuelle Analyse“ der globalen Situation sind, mit der die Gemeinschaft konfrontiert ist. (Weitere Informationen finden Sie im Bericht des LWB-Generalsekretärs an den Rat auf der LWB-Webseite unter: www.lutheranworld.org/LWF_Documents/2005-Council/Gen_Sek-Bericht-2005-DE.pdf)

Angenommen wurden die Vorschläge für Grundsätze im Blick auf die Mehrsprachigkeit im LWB mit Schwerpunkt auf Übersetzung und Verdolmetschung im Sekretariat sowie für die LWB-Leitungsgremien. Hierbei sollen die LWB-Leitungsgremien selbst entscheiden, welche LWB-Arbeitssprachen sie für ihre Arbeit benötigen. Dabei sollen die finanziellen Aspekte, die Möglichkeiten, selbst zur Lösung der Dolmetsch- und Übersetzungsprobleme beizutragen, sowie eine Auswahl der zu übersetzenden Dokumente Berücksichtigung finden.

Im Blick auf die Dezentralisierung der LWB-Arbeit wurde der Generalsekretär vom Rat aufgefordert, die Koordination der gesamten Programmarbeit des LWB zu gewährleisten und Vorschläge für eine Dezentralisierung der Arbeit, wie vom LWB-Exekutivkomitee im Februar 2005 gefordert, auszuarbeiten. Weiterhin soll eine Beratungsgruppe mit je einem Ratsmitglied aus allen Regionen



zur Auseinandersetzung mit der Frage der Dezentrierung eingerichtet werden. Die Beratungsgruppe soll dem Exekutivkomitee bei seiner nächsten Sitzung im März 2006 einen Bericht vorlegen. Der Rat entschied auch, die Frage eines Standortwechsels des Genfer LWB-Sekretariats im Rahmen der breiteren Diskussion über die Neugestaltung des LWB zu behandeln.

Um die Finanzierung der theologischen und ökumenischen Arbeit des LWB sicherzustellen, forderte der Rat den Generalsekretär auf, den LWB-Mitgliedskirchen sowie den mit ihnen verbundenen theologischen Institutionen und Fakultäten die Notwendigkeit nahe zu bringen, in ihren laufenden Haushalten, wo immer möglich, Mittel für die theologische Arbeit in Kooperation mit dem LWB vorzusehen. TheologInnen sollen innerhalb ihrer Kirchen ermutigt werden, ihre Teilnahme und Mitwirkung an der theologischen und ökumenischen Arbeit des LWB zu verstärken.

Der theologischen und ökumenischen Arbeit im Rahmen der Budgetierungsprozesse des LWB soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sie grundlegender und zentraler Bestandteil der Identität des LWB sei. Das LWB-Sekretariat wurde aufgefordert, der strategischen theologischen und ökumenischen Arbeit innerhalb des Prozesses der Strategieplanung Aufmerksamkeit zu schenken.

LWB-Rat bekräftigt Beteiligung an Diskussion zur ökumenischen Neugestaltung

Auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem hat der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) den Bericht der Konsultation zum Thema „Die Zukunft des LWB im Kontext der ökumenischen Neugestaltung“ unterstützt, die im Juni 2005 stattgefunden hatte. Die Ratsmitglieder forderten den LWB-Generalsekretär auf, bei der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees im März 2006 einen Vorschlag über konkretere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) vorzulegen. Der Ratsentscheidung waren Diskussionen in den sieben LWB-Programmausschüssen vorausgegangen.

Im Bericht der Konsultation vom Juni 2005 wird eine effektivere Koordination der Aktivitäten innerhalb der lutherischen Gemeinschaft und auf der ökumenischen Ebene gefordert. Diskutiert wurde weiterhin ein möglicher Beitrag des LWB zur Diskussion über eine ökumenische Neugestaltung, die vom ÖRK initiiert wurde. In dem Bericht wird betont, dass der LWB im ökumenischen Bereich mit Blick auf Einheit, Mission und Diakonie aktiver werden müsse.



Diskussion im Plenum: Redebeitrag von Pfr. Dr. Rafael Malpica-Padilla aus den USA (am Mikrofon). © LWB/D.-M. Gröttsch

Beim Prozess der Strategieplanung finden die vom LWB-Exekutivkomitee erarbeiteten und vom Rat im September 2004 bestätigten vier Prioritätsbereiche Anwendung. Die vier Prioritätsbereiche umfassen die Stärkung der Gemeinschaft lutherischer Kirchen in der Mission, die Vertiefung des ökumenischen Engagements und Förderung interreligiöser Beziehungen, das Zeugnis von Gottes Heilung, Versöhnung und Gerechtigkeit in Kirche und Gesellschaft sowie die Verstärkung der Kommunikation, der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und des Miteinanders.

(537 Wörter)



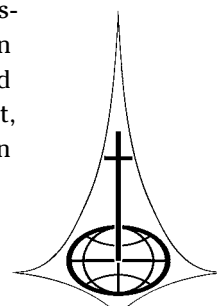
Pfr. Sven Oppegaard, Assistierender Generalsekretär für Ökumenische Angelegenheiten, präsentiert den Bericht zur ökumenischen Neugestaltung. © LWB/D.-M. Gröttsch

Der Rat dankte dem LWB-Generalsekretär für sein grosses Engagement im Blick auf Fortschritte in der ökumenischen Bewegung. Weiterhin brachte er gegenüber dem ÖRK seine Anerkennung für dessen Initiative zur Diskussion einer Neugestaltung der ökumenischen Bewegung zum Ausdruck. Die Ratsmitglieder bekräftigten, dass der ÖRK in diesem Prozess eine führende Rolle innehatte.

Betont wurde die Notwendigkeit, den weltweiten christlichen Gemeinschaften eine spezifisch anerkannte Rolle sowohl in der ökumenischen Bewegung als auch in Bezug auf die Strukturen des ÖRK einzuräumen.

Organisation breiterer ökumenischer Vollversammlungen prüfen

Laut dem Beschluss der Ratstagung soll ernsthaft eine mögliche Koordination der Tagungen der Leitungsorgane des ÖRK sowie der weltweiten christlichen Gemeinschaften geprüft werden. Der Präsident und der Generalsekretär des LWB wurden aufgefordert, die Gespräche mit dem ÖRK und anderen weltweiten



christlichen Gemeinschaften im Blick auf eine weiter gefasste Form der Vollversammlungen fortzusetzen, bei denen die weltweiten christlichen Gemeinschaften einen klar definierten Platz hätten. Die theologischen Aspekte weltweiter Kirchenversammlungen sollen in diesem Zusammenhang ebenfalls diskutiert werden.

In seinem Grusswort an die Ratstagung hatte der Reformierte Weltbund (RWB) den LWB aufgefordert, die Möglichkeit einer gemeinsamen Vollversammlung unter Leitung des ÖRK und mit Beteiligung sämtlicher weltweiter christlicher Gemeinschaften, die hieran interessiert seien, zu prüfen. Der Rat betonte, dass der Entscheidung, die Elfte LWB-Vollversammlung 2010 in Stuttgart (Deutschland) abzuhalten, eine deutliche Verpflichtung auf die Vision der christlichen Einheit zugrunde liege.

Aktive Beteiligung an weiterer Entwicklung von PEAD

Der Rat bezeugte grosses Interesse am vorgeschlagenen ökumenischen Aktionsbündnis „Proposed Ecumenical Alliance for Development“ (PEAD). Der Generalsekretär und der Direktor der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) wurden aufgefordert, sich aktiv an den weiteren Entwicklungen im Blick auf PEAD zu beteiligen.

Dabei einigte sich der Rat auf eine Reihe von Massgaben. So soll PEAD eine theologische Basis für das Bündnis formulieren. Die Mitgliedskirchen, Partnerorganisationen und spezialisierten Werke des LWB sollen aufgrund der Mitgliedschaft des LWB bei PEAD automatisch Mitgliedsstatus erhalten. Der Prozess soll zeitlich so gestaltet werden, dass die Beteiligung aller Akteure an der Schaffung des Bündnisses gewährleistet ist.



Plenarsitzung des LWB-Rates im Internationalen Zentrum Bethlehem.
© LWB/D.-M. Grötzsch

Weiterhin soll der LWB die direkte Verantwortung für die Kommunikation in Bezug auf PEAD im ganzen LWB-Netzwerk, einschliesslich der Nationalen Komitees und Strukturen auf nationaler Ebene, übernehmen. PEAD soll eine klare Beschreibung der Rolle und Funktion des Bündnisses ausarbeiten und bei der Gestaltung von Rolle und Funktion von PEAD soll besonders sein Wesen als Forum berücksichtigt werden.

Die zukünftige Leitungsstruktur von PEAD soll gekennzeichnet sein von den Prinzipien der gegenseitigen Rechenschaftspflicht, der Repräsentation und Transparenz.

Der LWB wurde aufgefordert, in Bezug auf PEAD langfristig dafür offen zu sein, dass „ACT International“ (Action by Churches Together – Kirchen helfen gemeinsam) der „Markenname“ des Bündnisses wird.

Die Entscheidung über eine mögliche Mitgliedschaft des LWB bei PEAD soll dem LWB-Rat vorbehalten bleiben, mit Beiträgen des Ständigen Ausschusses für Weltdienst und des LWB-Projektausschusses. (595 Wörter)

Zwischenbericht zur Diskussion über Familie, Ehe und menschliche Sexualität

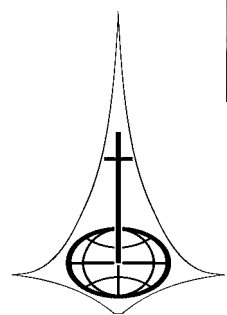
Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Tagung einen Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zur Diskussion über Familie, Ehe und menschliche Sexualität entgegengenommen.



Plenarsitzung: Redebeitrag von Pfarrerin Hedwig Partaj (li.) aus Österreich, re. im Bild: Pfr. Dr. David Pfrimmer aus Kanada. © LWB/John Brooks

Der Zwischenbericht der achtköpfigen Arbeitsgruppe, die im September 2004 vom LWB-Rat eingerichtet wurde, um hilfreiche Hintergrundmaterialien und Unterstützung zur Diskussion dieses Themas in der lutherischen Gemeinschaft bereitzustellen, enthält die Ergebnisse des ersten Treffens im April 2005 in Genf. Im Vorfeld der Tagung hatte die Arbeitsgruppe Stellungnahmen und Berichte von insgesamt 29 Mitgliedskirchen zu dem zur Diskussion stehenden Thema erhalten.

In seinem Bericht, der von der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Pfarrerin Kristín Tómasdóttir aus Island, präsentiert wurde, dankte das Team den Mitgliedskirchen für ihre Stellungnahmen und Berichte. Auch die Arbeit, die der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und andere weltweite christliche Gemeinschaften zu diesem Thema bereits geleistet hätten, sei mit grosser Anerkennung zur Kenntnis genommen und als Diskussionsgrundlage genutzt worden.



Während des ersten Treffens im April sei ausführlich über das Mandat der Arbeitsgruppe diskutiert worden, um gemeinsame Grundlagen für die Arbeit zu finden. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit einer sorgfältigen Beurteilung der verschiedenen Positionen und der Achtung der unterschiedlichen historischen, kulturellen und ethischen Prägungen sowohl der Mitglieder der Arbeitsgruppe als auch der LWB-Mitgliedskirchen. Die acht Mitglieder der Arbeitsgruppe vertreten die sieben LWB-Regionen – Afrika, Asien, Lateinamerika, Mittel- und Osteuropa, Mittel- und Westeuropa, Nordamerika sowie die Nordischen Länder.

Auf ihrer ersten Tagung beschloss die Arbeitsgruppe, ihren Berichtsentwurf ständig zu aktualisieren und ihn noch stärker in dem von den Mitgliedskirchen erhaltenen Material zu verankern. Die Diskussionen unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe sollen fortgesetzt werden, eine zweite Tagung ist für 2006 vorgesehen.

Die Arbeitsgruppe stellt in ihrem Bericht fest, dass der Dialog zu einem besseren Verständnis der verschiedenen Positionen der lutherischen Kirchen beigetragen habe. Die Mitglieder hätten vor der Herausforderung gestanden, „zu lernen und zuzuhören, um unterschiedliche Meinungen zu integrieren, sich Schwierigkeiten zu stellen und Vielfalt innerhalb der Gemeinschaft zu respektieren“. Obwohl dieser Dialog zu Fragen, die kirchentrennendes Potenzial haben, nicht einfach sei, „ist die Arbeitsgruppe doch davon überzeugt, dass er für die Mitgliedskirchen positiv ist und stattfinden sollte“, so der Bericht.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe baten um weitere Wegweisung des Rates als Beitrag zur Klärung der Prioritäten und der Ausrichtung ihrer zukünftigen Arbeit. Allerdings empfahl die Arbeitsgruppe, „keine unmittel-



Plenarsitzung: Redebeitrag von Doris S. Kitutu (re.) aus Tansania, li. im Bild: Bischöfin Maria Jepsen aus Deutschland. © LWB/John Brooks

baren Entscheidungen in dieser Frage zu treffen, damit der Dialog fortgeführt werden kann und Fortschritte erzielt werden können, die über das hinausgehen, was bislang im Rat und in den Mitgliedskirchen erreicht worden ist.“ Mögliche Richtlinien und Verfahrensweisen für eine respektvolle Diskussion dieser Fragen unter den Mitgliedskirchen sollen dem Rat 2006 zur endgültigen Genehmigung unterbreitet werden.

Die Einrichtung der Arbeitsgruppe geht auf eine Entscheidung der Zehnten LWB-Vollversammlung im Juli 2003 im kanadischen Winnipeg zurück, in der die Delegierten die Mitgliedskirchen aufgefordert hatten, „einander zu ermutigen und zu unterstützen, und zwar in Bezug auf das Studium und den respektvollen Dialog über Fragen zu Ehe, Familie und menschlicher Sexualität entsprechend den Bedürfnissen jeder einzelnen Mitgliedskirche“. Die Delegierten verpflichteten sich in Winnipeg, für die Menschenrechte und die Würde aller Menschen ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung einzutreten. (511 Wörter)

LWB-Ratstagung setzte Zeichen der Solidarität mit ChristInnen im Heiligen Land

Politische Dimension stand im Vordergrund der LWB-Ratstagung

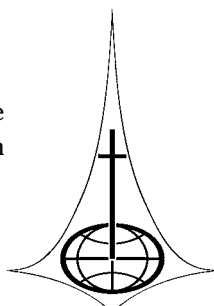
Jerusalem/Bethlehem/Genf, 6. September 2005 (LWI) – „Das Besondere der diesjährigen Ratstagung war der Ort, an dem sie stattfand“, betonte der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Bischof Mark S. Hanson, vor JournalistInnen am 6. September zum Abschluss der LWB-Ratstagung im Internationalen Zentrum in Bethlehem. Hanson betonte, der LWB habe seine Solidarität mit der gastgebenden Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) bezeugen wollen. Solidarität heiße präsent zu sein und einander zu begleiten.

LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko erklärte, um einander zu begleiten, müsse man die Lebensumstände kennen lernen und dabei auch Risiken auf sich nehmen. „Wir haben die Checkpoints gesehen und den Kampf und die Erniedrigung erlebt, die viele Men-



Abschlusspressekonferenz (von links): Bischof Dr. Muntib A. Younan, LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, Stellvertretende LWB-Generalsekretärin Karin Achtelstetter und LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko. © LWB/D.-M. Grötzsch

schen hier täglich durchmachen müssen“, so Noko. Die Trennmauer zwischen Israel und den palästinensischen



Gebieten mit eigenen Augen zu sehen, sei ungeheuer wichtig gewesen. Nach der Rückkehr in ihre Heimatländer werden die LWB-Ratsmitglieder Medienberichte über die Region kritischer betrachten und hinterfragen können, so der Generalsekretär.

Die politische Dimension der Ratstagung war deutlich. Während der einwöchigen Tagung hatte die LWB-Führung Gelegenheit, mit den Präsidenten Israels und der palästinensischen Autonomiebehörde, Mosche Katzav und Mahmud Abbas, sowie anderen Regierungsvertretern beider Seiten zusammenzutreffen. Bei diesen Treffen konnten auch schwierige Themen angesprochen werden, beispielsweise die Räumung israelischer Siedlungen im Gazastreifen und die Zukunft der Synagogen in den geräumten Siedlungen.

Weiterhin wurde der seit mehreren Jahren andauernde Steuerstreit mit dem israelischen Finanzministerium um die Erhebung einer Arbeitgebersteuer auf das vom LWB verwaltete Auguste Victoria-Krankenhaus (AVH) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem erörtert.

ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan zog ebenfalls ein positives Resümee der Ratstagung: Er sei dankbar, dass der LWB die Einladung der ELKJHL nach Bethlehem angenommen habe. Damit habe der LWB den palästinensischen ChristInnen seine Unterstützung gezeigt. „Kommen Sie bald wieder!“ betonte Younan abschliessend.



Helge Aarseth aus Norwegen, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für Verfassung. © LWB/D.-M. Grötzsch

Treffens in Jerusalem/Bethlehem folgte der Rat dem Vorschlag von Generalsekretär Noko, die LWB-Ausführungsbestimmungen dahingehend abzuändern, dass dem Rat die Flexibilität eingeräumt wird, zukünftig zwischen den Vollversammlungen in einem Zeitraum von zwölf bis 18 Monaten zusammenzutreten. Ein grösserer Zeitraum zwischen den Ratstagungen soll sich finanziell positiv auswirken und dem LWB-Generalsekretariat in Genf mehr Zeit geben, die Ratsbeschlüsse umzusetzen und die nächste Ratstagung vorzubereiten.

Neue Regelungen zur Wahl des LWB-Generalsekretärs/der Generalsekretärin

Der LWB-Rat hat auf seiner Tagung in Jerusalem/Bethlehem auch die Ausführungsbestimmungen im Blick auf die Wahl des Generalsekretärs/der Generalsekretärin geändert. Eine Wiederwahl ist nun nur noch einmal möglich, bisher gab es keine Beschränkungen. Der Sondierungsausschuss für das Amt des Generalsekretärs soll rechtzeitig vor Ende der Amtszeit des Generalsekretärs/der Generalsekretärin bestehend aus sieben Personen, von denen vier Mitglieder des Rates sind, ernannt werden. Die Verfahrensweise des Ausschusses soll vom Rat festgelegt werden.

Nach Änderung der Bestimmungen hat der Sondierungsausschuss das Mandat, auch andere als die von den Mitgliedskirchen nominierten KandidatInnen zu erwägen. Nach Sondierung sollen alle Nominierungen derjenigen KandidatInnen, die ihre Nominierung annehmen, mit Empfehlungen dem Rat vorgelegt werden. (503 Wörter)

Nächste LWB-Ratstagung 2006 in Genf

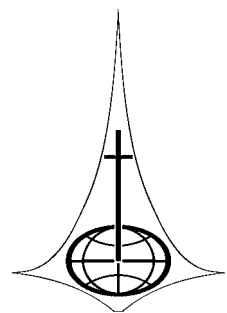
Die nächste LWB-Ratstagung soll vom 27. August bis 2. September 2006 in Genf stattfinden. Während des

Treffen mit Oberrabbiner Yona Metzger und Besuch von Yad Vashem



Foto links: Während der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem traf eine LWB-Delegation unter Leitung von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson mit dem israelischen Oberrabbiner Yona Metzger zusammen. Während dieses Treffens zeigte sich Metzger besorgt über die Zukunft der Synagogen, die nach Abzug der israelischen SiedlerInnen im Gazastreifen verbleiben würden. © LWB/John Brooks

Foto unten: Kranzniederlegung in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Von li.: LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, Bischof Dr. Munib A. Younan sowie Pfr. Ramez A'nsara von der Evangelisch-Lutherischen Hoffnungskirche in Ramallah. © LWB/John Brooks



Ökumenische Grussworte an den Rat des Lutherischen Weltbundes

AnglikanerInnen und LutheranerInnen stehen
vor gleichen Herausforderungen

Zu gemeinsamem Handeln hat Pfr. Canon Gregory K. Cameron, Stellvertretender Generalsekretär der Anglikanischen Kirchengemeinschaft und Direktor für Ökumenische Angelegenheiten und theologische Studien, die Anglikanische Kirchengemeinschaft und den Lutherischen Weltbund aufgerufen. In seinem Grusswort an den Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB), das er im Namen des Erzbischofs von Canterbury, Dr. Rowan Williams, überbrachte, betonte Cameron, dass bereits ein Vergleich der Tagesordnungen der LWB-Rats-tagung in Jerusalem/Bethlehem und der Sitzung des Anglikanischen Konsultativrats im Juni dieses Jahres zeige, in welchem Masse beide Kirchengemeinschaften denselben Herausforderungen und Möglichkeiten gegenüberstünden.

„Ich bin überzeugt, dass die Kirchen Christi diesen Herausforderungen nur gemeinsam und nicht getrennt erfolgreich begegnen können“, so Cameron.

Im Namen der Anglikanischen Kirchengemeinschaft dankte er LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko für dessen Teilnahme an der Rezeption des „Windsor Report 2004“. Weiterhin brachte Cameron die Freude der Anglikanischen Kirchengemeinschaft darüber zum Ausdruck, dass die Internationale anglikanisch-lutherische Kommission ihre Arbeit im Januar kommenden Jahres aufnehmen werde.

Ökumenische Resignation ist unangebracht

Versöhnung unter den getrennten ChristInnen sei eine erste Aufgabe vom Evangelium her, betonte Pfr. Dr. Matthias Türk, Referent des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen (PCPCU), in seinem Grusswort an den Rat des LWB.



Pfr. Canon Gregory K. Cameron,
Stellvertretender Generalsekretär der
Anglikanischen Kirchengemeinschaft.
© LWB/D.-M. Gröttsch



Pfr. Dr. Matthias Türk vom Päpstlichen
Rat zur Förderung der Einheit der Christen.
© LWB/John Brooks



Lateinischer Patriarch von Jerusalem,
Michel Sabbah. © LWB/John Brooks

ChristInnen könnten nicht weltweit für das Reich Gottes kämpfen und eine unter Ungerechtigkeit und Not leidende Welt vom Glauben an Gott überzeugen, wenn sie selbst untereinander unversöhnt und von einander getrennt seien.

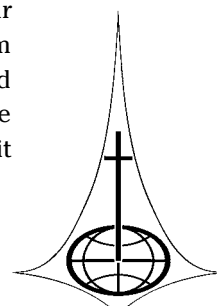
„Der Dienst der Versöhnung nötigt uns, nicht nachzulassen in all unseren Anstrengungen, ökumenisch zusammenzuarbeiten mit dem Ziel der vollen, sichtbaren Einheit der Kirche und der ersehnten Einheit am Tisch des Herrn“, erklärte Türk in seinem Grusswort. Die Methode des „differenzierten Konsenses“, die zur Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre geführt habe, sei sicher ein wichtiges Instrument,

um in den ökumenischen Fragen weiterzukommen. Ökumenische Resignation sei nicht angebracht.

Türk nahm die Anregung des LWB-Präsidenten, Bischof Mark S. Hanson, das 500. Jubiläum der Reformation im Jahr 2017 gemeinsam und ökumenisch vorzubereiten, auf und schlug vor, dass die internationale Dialogkommission zwischen LutheranerInnen und KatholikInnen sich speziell mit diesem Thema beschäftigen solle.

Alle Mauern müssen fallen, in den Herzen und auf den Strassen

Das Heilige Land brauche Versöhnung, erklärte der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Michel Sabbah, in seinem Grusswort an den LWB-Rat. „Alle Mauern müssen fallen, die in den Herzen und die auf den Strassen.“ Vor allem bedürfe das palästinensische Volk der Freiheit, das mit Besetzung, Trennmauern und Kontrollposten konfrontiert sei. Für das israelische Volk sei Sicherheit nötig, um die Wunden in den israelischen Herzen und Seelen zu heilen, so Sabbah. Beide Aspekte seien voneinander abhängig, da Sicherheit



für Israel Freiheit für das palästinensische Volk bedeute und umgekehrt.

Der Lateinische Patriarch von Jerusalem würdigte in seinem Grusswort den Abzug der israelischen SiedlerInnen aus dem Gazastreifen als wahren Schritt in Richtung Versöhnung. Jedoch werde es auch Zeit brauchen, bis alle offenen Fragen geklärt seien.

Sabbah brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der kürzlich eingerichtete Rat für religiöse Führungspersonlichkeiten im Heiligen Land den Mut haben werde, Richtig und Falsch in diesem Konflikt zu erkennen und gemeinsam als jüdische, muslimische und christliche ReligionsführerInnen Gerechtigkeit und Versöhnung zu verkündigen. Patriarch Sabbah rief die TeilnehmerInnen der LWB-Ratstagung dazu auf, sich bewusst zu machen, dass alle ChristInnen Verantwortung für Versöhnung im Heiligen Land tragen, wo der Ursprung des Christentums liegt.

Versöhnung setzt Ende der Gewalt voraus

Als einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Friedens im Nahen Osten und in der Welt bezeichnete Erzbischof Aristarchos von Constantine vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat von Jerusalem die Tagung des LWB-Rates in Jerusalem/Bethlehem. In seinem Grusswort, das er im Namen des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I., sowie des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, Theophilos III., überbrachte, betonte er die Solidarität der Kirche von Konstantinopel und der Kirche von Jerusalem mit der Versöhnungsarbeit des LWB im Nahen Osten. Um Versöhnung zu erreichen, sei ein Ende jeder Gewalt zwischen PalästinenserInnen und Israelis nötig. Weiterhin müsse über eine Lösung verhandelt werden, die ein Zusammenleben in Frieden und Sicherheit auf der Grundlage von Gerechtigkeit zum Ziel habe.

Erzbischof Aristarchos erinnerte daran, dass Bethlehem die Stadt sei, die durch die Geburt

Erzbischof Aristarchos von Constantine vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat von Jerusalem. © LWB/John Brooks



Tery Pirri-Simonian, ÖRK-Programmreferentin für kirchliche und ökumenische Beziehungen. © LWB/John Brooks



des Herrn Jesus Christus gesegnet sei. Durch die Menschwerdung Christi sei es zur Versöhnung und Einheit zwischen Gott und Mensch gekommen. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Völker im Heiligen Land und die politischen FührerInnen der Welt dem Beispiel Jesu und der Kirche folgen mögen, damit Frieden in dieses Land einkehren könne.

Ökumene im 21. Jahrhundert ist Priorität in ÖRK-Arbeit

Die Ökumene im 21. Jahrhundert sowie die sich wandelnde ökumenische und religiöse Landschaft seien Prioritäten in der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), betonte ÖRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Samuel Kobia in seinem Grusswort an den LWB-Rat. Der ÖRK begrüßte den Beitrag der lutherischen Kirchen, die Mitglieder des ÖRK seien, und die Beteiligung von VertreterInnen des LWB an vom ÖRK organisierten Tagungen, so Kobia in seinem Grusswort, das von Tery Pirri-Simonian, ÖRK-Programmreferentin für kirchliche und ökumenische Beziehungen, überbracht wurde.

Weiterhin sei der ÖRK dankbar dafür, dass der LWB die zentrale Rolle des ÖRK im Blick auf neue Herausforderungen in den Bereichen konziliare Einrichtungen und kirchennahe Werke und Organisationen anerkenne.

Kobia dankte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) für ihre Unterstützung des ÖRK in der Anwaltschaftsarbeit durch das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI). EAPPI ist eine Initiative des ÖRK, das gemeinsam mit lokalen Kräften Frieden im Nahen Osten fördern will.

(891 Wörter)

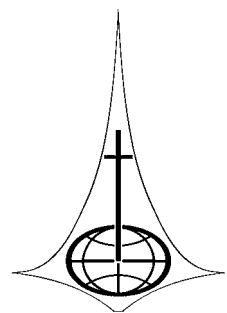
Informationen zum Grusswort des Reformierten Weltbundes (RWB) finden Sie auf Seite 28.

Grussworte von Leitungspersonlichkeiten aus Politik und Religion

LWB-Ratstagung belegt Interesse der lutherischen Kirche am Heiligen Land

Dass der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Bethlehem tage, belege das Interesse der lutherischen Kirche am Heiligen Land in dieser schwierigen

Zeit, betonte Dr. Victor Batarseh, Bürgermeister von Bethlehem. In seinem Grusswort an den Rat erklärte Batarseh, die Beziehung zwischen der lutherischen



Kirche und der Mutterkirche im Heiligen Land werde durch die Rats-tagung in Bethlehem gestärkt. Dies sei auch ein wichtiges Zeichen für die ChristInnen in der Region, deren Anzahl immer weiter abnehme.

Er hoffe, so Batarseh, dass andere christliche Kirchen dem Beispiel des LWB folgen und ihre Konferenzen und Tagungen ebenfalls in Bethlehem abhalten werden. Der Besuch stärke den Mut und den Willen der palästinensischen Bevölkerung, sich weiter für Frieden einzusetzen.

Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt erklärte Batarseh, dass sich die Abriegelung Bethlehems und der Bau der Trennmauer äusserst negativ auf die Wirtschaft sowie die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung auswirke. „Wir leben heute in einer Stadt, die einem grossen Gefängnis gleicht“, so Batarseh. Der Tourismus, die Haupteinnahmequelle der PalästinenserInnen vor Ort, sei dadurch ernsthaft beeinträchtigt. Die Arbeitslosenrate in Bethlehem sei auf 60 Prozent gestiegen. Eine Tatsache, die viele Menschen zur Auswanderung veranlasse, so Batarseh. Er rief alle FreundInnen und PartnerInnen Palästinas auf, ihren Brüdern und Schwestern in Bethlehem in dieser schwierigen Zeit eine helfende Hand zu reichen.

In einem weiteren Grusswort versicherte auch der Gouverneur von Bethlehem, Zoheir Manasrash, dass die PalästinenserInnen beabsichtigten, ihren Kampf für Frieden und Freiheit weiterzuführen.

Islam beruht auf Menschlichkeit, Frieden, Gerechtigkeit und Toleranz

Der Oberste Richter des islamischen Gerichts in den palästinensischen Gebieten, Scheich Tayseer Al-Tamimi,



Dr. Victor Batarseh, Bürgermeister von Bethlehem. © Stadtverwaltung Bethlehem

mi, betonte in seinem Grusswort an den LWB-Rat, dass der Islam eine Religion sei, die auf den Prinzipien Menschlichkeit, Frieden, Gerechtigkeit und Toleranz beruhe. Anliegen des Islam sei, menschliches Leben und seine Unversehrtheit zu erhalten, andere Menschen zu akzeptieren und deren Glauben, historisches und kulturelles Erbe zu respektieren, so Al-Tamimi.

Scheich Al-Tamimi zitierte Suren aus dem Koran und legte dar, dass Frieden im Islam eine zentrale Rolle spiele. Der Islam glaube an die Einheit der monotheistischen Religionen, da sie alle aus derselben Quelle stammten.

Laut Al-Tamimi leben MuslimInnen und ChristInnen im Heiligen Land harmonisch zusammen und bemühen sich gemeinsam darum, ihr Land zu befreien und einen unabhängigen Staat mit Jerusalem als seiner Hauptstadt zu errichten.

(383 Wörter)



Scheich Tayseer Al-Tamimi (re.), Oberster Richter des islamischen Gerichts in den palästinensischen Gebieten. © LWB/John Brooks

Pfarrerin Dr. Eva-Sibylle Vogel-Mfato neue LWB-Europareferentin

Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat auf seiner Sitzung Ende August in Jerusalem **Pfarrerin Dr. Eva-Sibylle Vogel-Mfato** für vier Jahre zur neuen Europareferentin der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) ernannt. Die 49-Jährige ist Nachfolgerin von Pfr. Dr. Andreas Wöhle, der zum 1. Oktober als Referent des Deutschen Nationalkomitees des LWB (DNK/LWB) sowie Geschäftsführer des Ausschusses für Kirchliche Zusammenarbeit und Weltdienst nach Stuttgart wechselte. Vogel-Mfato übernahm ihre neue Aufgabe im Genfer LWB-Sekretariat Anfang Oktober.

Vogel-Mfato wurde 1956 in Celle geboren und legte nach ihrem Theologiestudium an verschiedenen Universitäten in Deutschland (Bethel, Tübingen und Göttingen) sowie am Ökumenischen Institut Bossey (Schweiz) 1982 ihr Erstes Theologisches Examen in Hannover (Deutschland) ab. Nach dem Zweiten

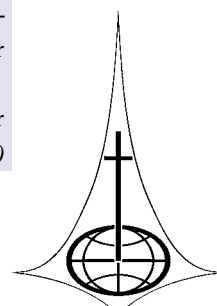
Theologischen Examen wurde Vogel-Mfato 1985 ordiniert. Von 1985 bis Anfang 2000 arbeitete sie als Pfarrerin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers in Nettlingen bei Hildesheim. Von Anfang 2000 bis Mitte 2005 war sie Referentin für das Solidaritätsbüro (Frauen und Zwischenkirchlicher Dienst) der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Genf.

1994 wurde Vogel-Mfato mit einer Arbeit zum Thema: „Im Flüstern eines zarten Wehens zeigt sich Gott. Missionarische Kirche zwischen Absolutheitsanspruch und Gemeinschaftsfähigkeit“ von der Ruhr-Universität Bochum promoviert.

Als Delegierte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers nahm Vogel-Mfato im Juli 1997 an der Neunten LWB-Vollversammlung in Hongkong teil.

Vogel-Mfato ist verheiratet und hat zwei Söhne im Alter von zehn und zwölf Jahren.

(232 Wörter)



TREFFEN MIT VERANTWORTUNGSTRÄGERINNEN AUS POLITIK UND RELIGION

LWB-Delegation würdigt Rolle Jordaniens im Nahost-Friedensprozess

„Botschaft aus Amman“ an MuslimInnen in aller Welt gilt für alle Religionen

Amman (Jordanien)/Genf, 4. September 2005 (LWI) – Hochrangige Vertreter des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben den jordanischen König Abdullah II. und die jordanische Regierung für ihre massgebliche Rolle und ihren bedeutenden Beitrag zum Friedensprozess im Nahen Osten gewürdigt. Während eines Besuch des Haschemitischen Königreichs Jordanien betonte der Präsident des LWB, Bischof Mark S. Hanson, vor JournalistInnen in Amman (Jordanien), „wir sind zur Ermutigung und in der Hoffnung nach Jordanien gekommen, dass wir gemeinsam einen dauerhaften und sicheren Frieden im Nahen Osten und in der Welt erreichen können“.

An der Besuchsreise vom 26. bis 29. August nach Jordanien, die unmittelbar im Vorfeld der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem stattfand, nahmen neben LWB-Präsident Hanson, der Generalsekretär des LWB, Pfr. Dr. Ishmael Noko, sowie der LWB-Vizepräsident für die Region Asien, der palästinensische Bischof Dr. Munib A. Younan, teil. Die LWB-Delegation hatte in Amman Treffen und Unterredungen mit religiösen und politischen Führern mit dem Ziel, Zeichen der Hoffnung für einen Frieden in der Region zu erörtern. Die Reise diente gleichzeitig als Zeichen der Solidarität mit den Mitgliedern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL).

Die LWB-Delegation begrüßte die „Botschaft aus Amman“ vom November 2004, die der jordanische König an die MuslimInnen in aller Welt gerichtet hatte, als eine Verlautbarung, die auch für ChristInnen gelte. In dieser Botschaft würden Friede, Toleranz, Gerechtigkeit und Heiligkeit des menschlichen Lebens als Grundprinzipien des islamischen Glaubens bekräftigt. In seiner Botschaft hatte König Abdullah II. die MuslimInnen weltweit dazu aufgerufen, „zuverlässige Partner und Partnerinnen“ bei der Entwicklung der menschlichen Zivilisation und für den Fortschritt der Menschheit in unserem Zeitalter zu sein.

„Ebenso wie die Botschaft aus Amman die muslimischen Gemeinschaften und die 1,2 Milliarden Muslime und Musliminnen aufruft, sich an der Schaffung eines



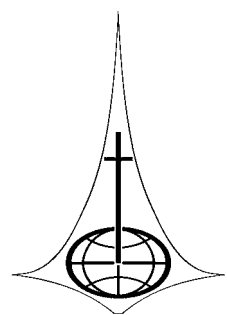
In Jordanien traf die LWB-Delegation mit Vertretern des jordanischen Königs zusammen. Von li.: ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan, Akel Biltaji (Berater des jordanischen Königs), LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, Prinz Ghazi (persönlicher Gesandter des jordanischen Königs), LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko und Pfr. Samer Azar von der Kirche zum guten Hirten der ELKJHL in Amman. © LWB/John Brooks

dauerhaften Friedens zu beteiligen, so rufe ich als christlicher Amtsträger die Christen und Christinnen auf, sich diese Botschaft zu Eigen zu machen und darauf zu vertrauen, dass wir gemeinsam einen dauerhaften und sicheren Frieden im Nahen Osten und in der Welt erringen können“, betonte Hanson.

LWB-Generalsekretär Noko erklärte, wenn die abrahamitischen Religionen dasselbe zum Ausdruck bringen würden, was in der Botschaft aus Amman stehe, könnten ChristInnen, MuslimInnen und Juden/Jüdinnen Brücken für den „Frieden unter uns, unter den Religionen und unter den Staaten der Welt“ bauen.

Die Mitglieder der LWB-Delegation wiederholten die Position des LWB zum israelisch-palästinensischen Konflikt und bekräftigten ihre Unterstützung für die umfassende Umsetzung des so genannten Roadmap-Prozesses für Frieden im Nahen Osten, der von den USA, Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen eingeleitet wurde. Dieser Plan enthalte Lösungsmöglichkeiten für die Beendigung des Konflikts zwischen den beiden Seiten.

Sie bekundeten ihre Ablehnung der Trennmauer, die von Israel mit dem Ziel errichtet werde, die Ge-



meinschaften der Israelis und der PalästinenserInnen voneinander zu trennen. Die Trennmauer unterminiere den Roadmap-Friedensprozess und trage nichts zur Beseitigung der Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes bei, so die LWB-Delegation.

Bischof Younan erklärte mit Blick auf die Auswirkungen der Trennmauer für das palästinensische Volk, sie versperre den Menschen den Zugang zu ihrem Ackerland. Sie verletze nicht nur ihre wirtschaftlichen, sondern auch ihre kulturellen Rechte.

Noko betonte, die Trennmauer beraube andere Menschen ihres Landes und zerstöre Olivenbäume, die Hunderte von Jahren alt sind. „Die Olivenbäume gehören zur Identität der Palästinenser und Palästinenserinnen. Wer diese Bäume vernichtet, beraubt die Menschen ihrer Identität.“

Gegen die Rechtfertigung der Trennmauer durch die Israelis, dass sie sich damit vor Terrorakten schützen wollten, wandte der Generalsekretär ein, „die Trennmauer bringt weder den Palästinensern und Palästinenserinnen noch den Israelis Vorteile.“ Sie sei auch deshalb nicht hinnehmbar, weil sie „Feindbilder schafft“ und keine Sicherheit für Israel gewährleiste. „Wir werden so lange nicht sicher sein, wie unsere

Nachbarn nicht sicher sind. Wir müssen für die Sicherheit unserer Nachbarn sorgen, damit wir für uns selbst Sicherheit schaffen“, fügte er hinzu.

Hanson erinnerte an sein Engagement in einer interreligiösen Initiative für Frieden im Nahen Osten in den USA, die 2003 einen Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt habe, in dem die Regierungen der USA und Israels sowie die Palästinensische Autonomie-Behörde aufgefordert wurden, den Roadmap-Friedensprozess voranzutreiben. Diese Bemühungen würden auch während der LWB-Ratstagung fortgesetzt, da Unterredungen mit religiösen und politischen FührerInnen auf israelischer sowie palästinensischer Seite geplant seien.

Die Mitglieder der LWB-Delegation bekräftigten ferner, dass sich der LWB schon im Vorfeld gegen das Engagement der USA [und ihrer Verbündeten] im derzeitigen Irakkrieg ausgesprochen hätten, da keine Rechtfertigung dafür zu erkennen gewesen sei.

Bei ihren Treffen mit jordanischen Regierungsbeamten und Repräsentanten des Königs wies die LWB-Delegation auch auf die Dringlichkeit der Friedenserziehung im Nahen Osten hin, mit der Schulkindern eine Kultur der Gewaltlosigkeit vermittelt werden solle. (762 Wörter)

Jordanien: ReligionsführerInnen und Regierungen kommt wichtige Rolle in Friedenserziehung zu

LWB-Delegation für gemeinsame Bemühungen um Förderung religiöser Koexistenz

Amman (Jordanien)/Genf, 4. September 2005 (LWI) – Die Rolle der Religionsgemeinschaften bei der Förderung einer Kultur der Gewaltlosigkeit, der gegenseitigen Achtung aller Religionen und einer friedlichen Koexistenz war eines der Hauptthemen, die bei Treffen hochrangiger Vertreter des Lutherischen Weltbundes (LWB) mit Mitgliedern der jordanischen Regierung Ende August in Amman (Jordanien) zur Sprache kamen. An der Besuchsreise vom 26. bis 29. August nach Jordanien, die unmittelbar im Vorfeld der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem stattfand, nahmen LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, der Generalsekretär des LWB, Pfr. Dr. Ishmael Noko, sowie der LWB-Vizepräsident für die Region Asien, der palästinensische Bischof Dr. Munib A. Younan, teil.

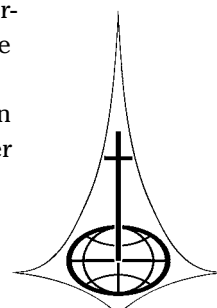
Bei einem Treffen mit dem jordanischen Ministerpräsidenten Adnan Badran dankten die Mitglieder der LWB-Delegation für den jordanischen Beitrag zum Nahost-Friedensprozess und vor allem für die Unterstützung des interreligiösen Dialogs und die weit reichenden Bemühungen um die Schaffung



Der jordanische Ministerpräsident Adnan Badran (re.) im Gespräch mit LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (li.). © LWB/John Brooks

einer Kultur der Gewaltlosigkeit für die Konfliktlösung. An dem Treffen mit Badran, der zugleich Verteidigungsminister ist, nahm auch der jordanische Außenminister Farouq Qasrawi teil.

In getrennten Begegnungen mit dem persönlichen Gesandten des Königs, Prinz Ghazi, und dem Berater





LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (Mitte) begrüsst BesucherInnen des Gottesdienstes in der Kirche zum guten Hirten der ELKJHL in Amman; LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko (li.) und ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan (re.). © LWB/John Brooks

terweisung in den ersten Schuljahren erörtert. Wie die LWB-Delegation erfuhr, nehmen SchülerInnen in Jordanien an Erziehungsprojekten teil, die zu religiöser Toleranz erziehen sollen. Die LWB-Amtsträger dankten Jordanien ferner für die Rolle, die es als Wächter der heiligen Stätten im Heiligen Land übernommen habe.

Die Vertreter der jordanischen Regierung und des Königs dankten ihrerseits dem LWB für seine über Jahrzehnte gewährte Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge, insbesondere für die geleistete humanitäre Nothilfe. Sie erklärten ferner ihre Bereitschaft, mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) und dem LWB in dem gemeinsamen Bemühen um praktische religiöse

Akel Biltaji wurde die Bedeutung der religiösen Un- Koexistenz zusammenzuarbeiten. (294 Wörter)

Palästinenserpräsident Abbas würdigt LWB-Engagement für gerechten Frieden

Abbas betont Notwendigkeit der Rückkehr zur „Road-Map“

Jerusalem/Bethlehem/Genf, 5. September 2005 (LWI) – Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, hat den Lutherischen Weltbund (LWB) für seine andauernde Unterstützung und seine Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk bei seiner Suche nach Frieden im Heiligen Land gewürdigt.

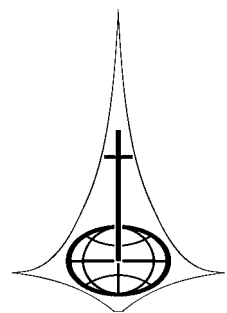
„Ich weiss, wie viel Sie für unser Volk tun, [für] Muslime und Musliminnen sowie [für] Christen und Christinnen, und für Jerusalem“, betonte Abbas bei einem Treffen mit LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko und dem palästinensischen Bischof Dr. Munib A. Younan, LWB-Vizepräsident für die Region Asien, am Samstag, 3. September, in seinem Hauptquartier in Gaza-Stadt. Die LWB-Delegation traf Abbas anlässlich der diesjährigen LWB-Ratstagung, die auf Einladung der ELKJHL in Jerusalem/Bethlehem stattfindet.

In dem Gespräch mit Präsident Abbas ging es vorrangig um den Friedensprozess im Nahen Osten, die Zukunft der lutherischen Schulen in Palästina, die Dienste des vom LWB geleiteten Auguste-Victoria Krankenhauses (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem sowie um interreligiöse Beziehungen.



Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas (li.), überreicht LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (re.) die Bethlehem-2000-Medaille in Anerkennung für sein Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung im Nahen Osten sowie seinen Einsatz für interreligiöse Beziehungen und das palästinensische Volk. © LWB/John Brooks

In Bezug auf die kürzliche Räumung der israelischen Siedlungen in Gaza betonte Abbas die Notwendigkeit, „den Impuls zu nutzen und hart an der Rückkehr zur Road-Map zu arbeiten“. Der „Road-Map“ genannte Friedensplan wurde von den USA in Zusammenarbeit mit Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen aufgestellt, um eine Beilegung des Konflikts zwischen Israel und Palästina zu erwirken. „Vieles hat sich geändert, [aber] es muss auch



noch viel getan werden“, erklärte LWB-Präsident Hanson, der auch Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) ist.

Palästinenserpräsident Abbas betonte, er sehe die Räumung israelischer Siedlungen im Gazastreifen als Anfangspunkt der Umsetzung der Road-Map, der Rückzug müsse aber weitergehen. Die PalästinenserInnen müssten die Israelis noch mehr zu Friedensbemühungen „verpflichten“. Das palästinensische Volk lehne die Trennmauer als „unzivilisiert“ ab. Er sei nicht überzeugt, so Abbas, dass die Mauer Israel schützen könne. Israelische Behörden argumentieren, durch die Trennmauer könne SelbstmordattentäterInnen der Zugang zu Israel und der israelischen Bevölkerung verwehrt werden.

Hanson versicherte Abbas, dass die LWB-Ratstagung in Jerusalem und Bethlehem ein Zeichen der andauernden Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk sei. „Wir werden für Sie beten“, betonte Hanson.

Noko dankte Abbas für die grosse Gastfreundschaft der PalästinenserInnen im Blick auf die Ausrichtung der LWB-Ratstagung und ihre Solidarität mit der ELKJHL. Der Tagungsort biete die Chance für die LWB-Ratsmitglieder aus aller Welt, die Erfahrungen des palästinensischen Volks mit ihren Kirchen zu Hause zu teilen, so Noko.

Heilige Stätten müssen respektiert werden

Die LWB-Delegation war im Vorfeld mit dem israelischen Oberrabbiner Yona Metzger zusammengetroffen. Während dieses Treffens zeigte sich Metzger besorgt über die Zukunft der Synagogen, die nach Abzug der israelischen SiedlerInnen im Gazastreifen verblieben sind. Noko sprach den palästinensischen Präsidenten auf dieses Thema an, und Abbas betonte, wie notwendig es sei, dass Israelis und PalästinenserInnen ihre „heiligen



Auch der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land, Bischof Dr. Munib A. Younan (li.), wurde vom Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas (re.), mit der Bethlehem-2000-Medaille ausgezeichnet. © LWB/John Brooks

Orte gegenseitig respektieren“. Er merkte an, dass es besser wäre, wenn die Israelis ihre Synagogen aus den ehemaligen Siedlungen entfernen und verlagern würden, worin ihm der LWB-Generalsekretär zustimmte.

Bischof Younan erklärte, dass er zusammen mit muslimischen und jüdischen Religionsführern an der Errichtung eines Rates für Religionsführer im Heiligen Land arbeite, und bat Palästinenserpräsident Abbas um seine Unterstützung für die Arbeit dieses Rates. Der LWB und die ELKJHL wollten in der Welt „das richtige Bild über den Islam verbreiten“, so Younan und fügte hinzu, palästinensische ChristInnen seien die Stimme des Islams im Westen und in der ganzen Welt.

Abbas überreichte Hanson und Younan die Bethlehem-2000-Medaille, um sie für ihr Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung im Nahen Osten, ihren Einsatz für interreligiöse Beziehungen und ihre Arbeit für das palästinensische Volk auszuzeichnen.

Die LWB-Führung trifft in dieser Woche noch zu weiteren Unterredungen mit dem israelischen Präsidenten Moshe Katsav und anderen Regierungsgliedern Israels zusammen.

(608 Wörter)

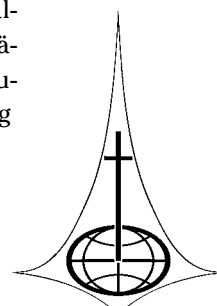
Israel: LWB-Führung erörtert Zukunft des Auguste Victoria-Krankenhauses mit Präsident Katsav

Israelische Regierung zur Intervention im Steuerstreit um AVK aufgerufen

Jerusalem/Bethlehem/Genf, 6. September 2005 (LWI) – Bei einem Treffen mit dem israelischen Präsidenten Mosche Katsav haben Verantwortungsträger des Lutherischen Weltbundes (LWB) am Montag, 5. September, in Jerusalem die Aussichten für den Frieden im Nahen Osten diskutiert. Weiterhin wurden nachdrücklich finanzielle Anfragen im Blick auf die Zukunft des vom LWB

verwalteten Auguste Victoria-Krankenhauses (AVK) auf dem Ölberg in Ost-Jerusalem zur Sprache gebracht.

LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko und der LWB-Vizepräsident für die Region Asien, Bischof Dr. Munib A. Younan, trafen mit Katsav am Rande der LWB-Ratstagung in Jerusalem/Bethlehem zusammen.



Hanson, Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), erklärte gegenüber Katsav, die LutheranerInnen seien erfreut über die Entscheidung der israelischen Regierung, Siedlungen in Gaza zu räumen. Der LWB-Rat tate „hier, weil es uns ein Anliegen ist, die jüdisch-christlichen und christlich-muslimischen Beziehungen zu stärken“, so Hanson.

Der israelische Präsident nannte den Rückzug aus Gaza „eine historische Chance“, stellte jedoch gleichzeitig fest, die Entscheidung der Regierung sei schmerzhaft gewesen und spalte die israelische Gesellschaft. Er erklärte, die Distanz zwischen Israelis und PalästinenserInnen „war noch nie so gering wie heute“. Der Präsident

der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, mit dem die Führungsspitze des LWB am Samstag, 3. September, zusammengetroffen war, habe die Möglichkeit, dem Terrorismus gegen die israelische Zivilbevölkerung ein Ende zu setzen, so Katsav.

Nach Katsavs Aussage sei der Terrorismus wesentlicher Grund dafür, dass PalästinenserInnen unter Unrecht, Arbeitslosigkeit und Armut litten. Er betonte, Israel wolle keine Eskalation des Blutvergießens, und stellte fest, wenn Abbas den Terrorismus stoppen könne, würde dies dem palästinensischen Volk zugute kommen.

LWB-Präsident Hanson erklärte, „es ist eine grosse Herausforderung, Terrorismus und Gewalt zu beenden“, und bekräftigte, dass LutheranerInnen Gewalt ablehnten und „einen gerechten und dauerhaften Frieden für alle“ unterstützten. Ein grosses Anliegen seien den LutheranerInnen die intensiven Anstren-



Der israelische Präsident Mosche Katsav (li.) begrüsst LWB-Vizepräsident Bischof Dr. Munib A. Younan (Mitte) sowie die weiteren Mitglieder der LWB-Delegation während des Treffens in Jerusalem. Zur LWB-Delegation gehörten neben Bischof Younan auch LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (2. v. li.) und LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko (re.). © LWB/John Brooks

gungen des palästinensischen Volkes, Gaza wieder aufzubauen, sowie die Möglichkeit der Menschen im Westjordanland, sich frei bewegen zu können, so dass sie nicht von ihren Arbeitsplätzen und Familien abgeschnitten seien, betonte der LWB-Präsident gegenüber Katsav.

Younan, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL), erklärte während des Treffens mit Katsav, Israels Sicherheit sei abhängig von Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung für die palästinensische Bevölkerung. Er wies darauf hin, dass die einheimischen Religionsführer einen Rat für religiöse Führungspersonlichkeiten im Heiligen Land initiiert hätten, um das Verständnis zwischen den Religionen zu fördern.

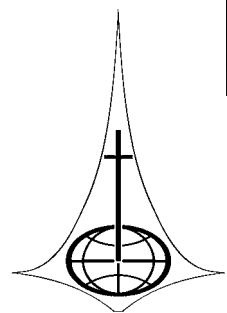
„Ich bin der Überzeugung, dass wir, sofern die lutherische Kirche einen positiven Beitrag zur Beendigung des Terrorismus leistet, politische Verhandlungen und den politischen Dialog erneuern können“, betonte der israelische Präsident.

LWB-Generalsekretär Noko erklärte, zum Beitrag des LWB zu Frieden und internationalem Verständnis gehöre unter anderem der 1984 angenommene Beschluss, sich von den antijüdischen Schriften des deutschen Reformators Martin Luthers zu distanzieren.

Das AVK stehe für die Verpflichtung des LWB zu Frieden und humanitärer Arbeit, so Noko. Gegenwärtig sei das Krankenhaus mit der Frage konfrontiert, ob es Hunderttausende US-Dollar an Steuern an den Staat Israel zahlen müsse. Im Jahr 2002 strengte Israel ein Verfahren gegen den LWB an, um eine



Der israelische Präsident Mosche Katsav (li.) im Gespräch mit LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (re.). © LWB/John Brooks



Steuerbefreiung für ungültig zu erklären, die dem Krankenhaus 1966 von Jordanien gewährt und vom Staat Israel 1967 übernommen worden war.

Das damit befasste Bezirksgericht urteilte zugunsten des Staates Israel. Der LWB seinerseits ging beim Obersten Gerichtshof Israels in Berufung. Die Führung des LWB befürchtet, dass die Zukunft des Krankenhauses auf dem Spiel stehe, sollte das Berufungsverfahren erfolglos bleiben und das AVK eine Arbeitgebersteuer zahlen müssen. „Es stellt uns vor grosse Schwierigkeiten, unsere humanitäre Arbeit fortzusetzen, wenn wir besteuert werden. Wir hoffen, dass eine Lösung gefunden werden kann“, so Noko.

Hanson warnte, sollte die israelische Regierung nicht eingreifen und eine gerechte Lösung für die Steuerfrage finden, so könne dies negative Folgen für Israel haben. Er wies darauf hin, dass eine immer grössere Zahl Menschen dem Fall und seinen Auswirkungen auf das Krankenhaus Aufmerksamkeit schenken, einschliesslich deutscher und norwegischer Regierungsvertreter, die bereits gegenüber der israelischen Regierung ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht hätten.

Katsavs Berater, Avi Granot, erklärte, das AVK sei als Krankenhaus, nicht als religiöse Einrichtung registriert und werde wie alle Krankenhäuser in Israel besteuert. Dem hielt Pfr. Mark B. Brown, Direktor des Regionalprogramms der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Jerusalem, entgegen, dass israelische Krankenhäuser sich um die Anerkennung als Lehrkrankenhäuser bemühen könnten, was ihnen Zugang zu Subventionen verschaffe, die das AVK nicht in Anspruch nehmen könne.

„Das Krankenhaus ist das einzige seiner Art. Wir versorgen Menschen, die nicht durch die nationale Krankenversicherung abgedeckt sind und kaum oder gar nicht für die medizinische Versorgung zahlen können“, so Brown zu den Leistungen des AVK, die auch Krebstherapie und Dialyse umfassen.

Am 5. September stattete die LWB-Leitung zudem kurze Besuche beim israelischen Aussenminister, Silvan Schalom, dem Innenminister Ophir Paz-Pines und dem Bürgermeister von Jerusalem, Uri Lupolianski ab.

(794 Wörter)

Empfang beim griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem

Während der Ratstagung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Jerusalem/Bethlehem traf eine LWB-Delegation unter Leitung von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson mit dem griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, Theophilus III., zusammen.

Patriarch Theophilus III. wurde am 22. August dieses Jahres vom Heiligen Synod des Patriarchats einstimmig zum 97. griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem gewählt.

In einem Grusswort an die Mitglieder des Rates hatte Erzbischof Aristarchos von Constantine vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat von Jerusalem im Namen des Ökumenischen

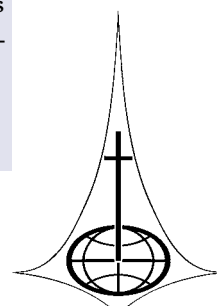


Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilus III. (re.), begrüsst die LWB-Delegation unter Leitung von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (li.), Bildmitte: Bischof Dr. Munib A. Younan.
© LWB/John Brooks



Treffen mit dem griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem: (Von li.) ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan, LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, Patriarch Theophilus III. und LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson. © LWB/John Brooks

Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I., sowie Theophilus III. die Solidarität der Kirche von Konstantinopel und der Kirche von Jerusalem mit der Versöhnungsarbeit des LWB im Nahen Osten betont. Aristarchos erklärte, es sei ein wichtiger Beitrag zur Förderung des Friedens im Nahen Osten und in der Welt, dass die Tagung des LWB-Rates in Jerusalem/Bethlehem stattfindet.



Gastfreundlicher Empfang durch VertreterInnen der palästinensischen sowie der israelischen Regierung

Während eines Empfangs der palästinensischen Autonomiebehörde im Ambassador Hotel in Jerusalem betonte die palästinensische Staatsministerin für Jerusalem-Angelegenheiten, Hind Khouri, am Sonntag, 4. September, die Unterstützung des LWB sei ein wahres Zeugnis nicht nur dessen, was möglich, sondern auch dessen, was notwendig sei. Dies gelte vor allem zu einer Zeit, in der das

palästinensische Volk in Jerusalem und anderswo im Westjordanland und in Gaza fortgesetzt unter der schweren Last der Besetzung leide. Der LWB stehe hilfsbedürftigen PalästinenserInnen zur Seite und wahre angesichts einer sehr schwierigen Situation eine gewaltlose Haltung. Das mache ihn zu einem Zeichen der Hoffnung für viele, unabhängig von Religion oder Konfession.



Foto links: Ministerin Hind Khouri, palästinensische Staatsministerin für Jerusalem-Angelegenheiten. © LWB/D.-M. Gröttsch

Foto unten: LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko im Gespräch mit Erzbischof Mar Sewerios Malki Murad von der Syrisch-Orthodoxen Kirche in Jerusalem, Jordanien und dem Heiligen Land. © LWB/D.-M. Gröttsch



Foto oben: LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson und Patriarch Torkom Manoogian vom Armenischen Patriarchat von Jerusalem, einer der ältesten christlichen Kirchen im Heiligen Land. © LWB/D.-M. Gröttsch

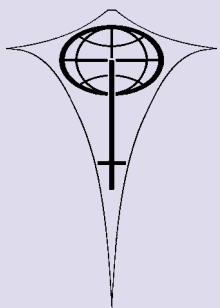
Auf Einladung des israelischen Tourismusministeriums fand am Montag, 5. September, ein Empfang der TeilnehmerInnen der LWB-Ratstagung im Hotel King Solomon in Jerusalem statt. Im Namen von Tourismusminister Avraham Hirschson wurde allen Gästen eine Urkunde

„Botschafter des guten Willens für Israel“ überreicht. Arie Shibi, Abteilungsdirektor im israelischen Tourismusministerium, übergab LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson eine in Silber gearbeitete Darstellung der Welt mit Jerusalem im Zentrum.



Foto links: ELKJHL-Bischof Dr. Munib A. Younan (li.) erhält von Arie Shibi (re.) die Urkunde „Botschafter des guten Willens für Israel“. © LWB/John Brooks

Foto rechts: Arie Shibi (re.) überreicht LWB-Präsident Hanson die Weltdarstellung. © LWB/John Brooks



Herausgegeben von:
Lutherischer Weltbund
150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon +41/22-791 61 11
Fax +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org